



Für welche Welt wollen wir kämpfen?

RIO

Sektion der Trotzlistischen Fraktion für die Vierte Internationale (FT-CI)

Was für einen Feminismus brauchen wir?

Seite 4

Streiks gegen Abschiebungen und für offene Grenzen

Seite 6

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Seite 7

Die Klimabewegung auf die Füße stellen

Seite 8

Die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) ist eine marxistische Organisation mit einem Programm der sozialistischen Revolution zur Überwindung aller Formen von Ausbeutung und Unterdrückung. Sie gibt die Website www.klassegegenklasse.org heraus und treibt den Aufbau der Gruppierungen Brot und Rosen, marxistische jugend, organize:strike, ver.di aktiv und akut voran.

Den Schulstreik in die Uni tragen

Seite 9

Vom Klimastreik zum Generalstreik

Seite 10

Der Kampf um Befreiung ist international!

Seite 11

Wie in Argentinien der Trotzismus zu einer Massenbewegung wird

Seite 12

Aktiv werden

Seite 14

Für welche Welt wollen wir kämpfen?

Wie sehr die Massenbewegungen hin- und hergerissen sind zwischen Institutionalismus und Antikapitalismus, zeigt sich nirgends so gut wie in „Fridays for Future“. Niemand verkörpert dies so sehr wie Greta Thunberg selbst: Sie klagt zornig den Kapitalismus für seine Profitgier an und grüßt Barack Obama mit Fistbump, sie ruft zum Generalstreik auf und lässt sich ihre Atlantik-Überquerung vom Monaco Yacht Club finanzieren. Einige Zyniker*innen, die mit böswilligen Kommentaren an der Seitenlinie stehen, sehen darin Heuchelei und reihen sich ins rechte Greta-Bashing ein. Andere meinen, die Masse der Menschen lerne in der Bewegung und könne die kapitalistische Produktionsweise „irgendwie irgendwann“ überwinden, wenn sie sich bewusst wird. Wir wollen dagegen eine Perspektive vorstellen, die die Widersprüche der Bewegung nicht nur sehr ernst betrachtet, sondern sie zum Ausgangspunkt für die Analyse und fürs Handeln nimmt.

Dieser Ausgangspunkt ist die Klimabewegung am Scheideweg. Das gilt einmal für ihre Ziele: Emissionshandel, CO2-Steuer und Belastung der Konsument*innen oder Enteignung der Großkonzerne und demokratisch geplante Wirtschaft? Das gilt ebenso für ihre Methoden: Aktionstage mit „Entrepreneurs for Future“ und sozialpartnerschaftliches Ausstempeln für die Demo oder mobilisierte politische Streiks bis hin zum Generalstreik fürs Klima? Und schließlich gilt es auch für ihre Führung und Basis: Luisa Neubauer mit einer bürokratisch gesteuerten Masse eine Karriere ermöglichen oder mit den bewussten Teilen der Arbeiter*innenklasse, der Jugend und Unterdrückten eine nicht nur internationale, sondern auch internationalistische Bewegung aufbauen?

Tatsächlich ist Fridays for Future nicht das Eine oder das Andere. Weder ist es die gesteuerte Maschinerie des neoliberalen Kapitals, wie es die Rechten gerne sagen. Noch ist es eine antikapitalistische Massenbewegung, wie wir sie gerne hätten. Im Kern der Bewegung liegt ein antikapitalistisches Moment, wenn Greta vor der UNO ihre berühmte Rede hält und sagt: „Menschen sterben, die Ökosysteme brechen zusammen, wir befinden uns am Beginn eines Massenaussterbens. Und Sie sprechen noch immer über Geld und Märchen über ewiges Wirtschaftswachstum, wie können Sie es wagen?“

Aber dieser antikapitalistische Kern, auf Demos mit „System change, not climate change“ betitelt, der kann alles Mögliche bedeuten. Die gängigste Interpretation dafür ist wohl die Postwachstumsökonomie. Dieser utopische Ansatz will den Kapitalismus zu einem veganen Tiger machen, einem profitwirtschaftlichen System mit Privateigentum an Produktionsmitteln, das aber – Hokuspokus – keine Überproduktion hat und für den menschlichen Gebrauch produziert. Die Kapitalist*innen müssten auf seltsame Weise dem Kapitalismus entsagen – und schauen wir uns auf der Welt einmal um, dann sieht es nicht danach aus, als wäre ihnen danach.

Eine gänzlich andere Interpretation, das Märchen vom ewigen Wirtschaftswachstum zu beenden, wäre die Enteignung der Kapitalist*innen und eine neue Organisation der Gesellschaft in Form einer Planwirtschaft auf Grundlage einer Arbeiter*innen-Demokratie, von der die politische und ökonomische Macht ausgeht. Dieses Modell wurde durch seine stalinistische Karikatur diskreditiert, erlangt aber jeden Tag aufs Neue durch die Verbrechen des Kapitalismus und die globale



KlasseGegenKlasse ist eine Zeitung von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation. Sie ist ein gemeinsames Projekt der marxistischen jugend münchen, der internationalen sozialistisch-feministischen Gruppierung Brot und Rosen und der antikapitalistischen Hochschulgruppe organize:strike.

ökologische Katastrophe eine brennende Aktualität. Dieses sozialistische Projekt, die Arbeiter*innen-Demokratie, ist ein internationales und passiert anders als der Kapitalismus nicht von allein, sondern muss bewusst herbeigeführt werden. Niemand kann mir nichts, dir nichts die Klimabewegung zu einer sozialistischen Bewegung machen. Die Frage ist

erst einmal, in welche Richtung es überhaupt geht: Gegen die Bundesregierung mit ihren arbeit*innenfeindlichen Gesetzen, gegen die Konzerne, die unsere Welt zerstören und uns ausbeuten – dafür treten wir ein. Damit die Bewegung mit einer solchen Ausrichtung an Kraft gewinnt, muss sie ihre Verbündeten in der Arbeiter*innenbewegung suchen,

deren Macht im Produktions- und Zirkulationsprozess des Kapitals die Mächtigen dieser Welt erzittern lässt – wenn sie sie nutzt. Und sie muss sich mit der weltweit in den letzten Jahren stark angewachsenen Frauenbewegung verbinden, die die Waffe des Streiks langsam wieder für sich entdeckt.

Mit unserer sozialistisch-feministischen Gruppierung Brot und Rosen treten wir genau für diese Verbindung ein. Denn nicht nur von der Klimakatastrophe sind überproportional Frauen und Mädchen betroffen, sondern auch von den schärfsten Ausdrücken der kapitalistischen Ausbeutung.

Für eine Ausrichtung auf die zentrale Rolle der Arbeiter*innenklasse gibt es noch viele Hürden: Sie liegen nicht nur in der unteren Einfluss des „grünen Kapitalismus“ stehenden Jugend, die in Deutschlands Osten wie Westen schlechte Erfahrungen mit denen hat, die sich sozialistisch nennen. Auch in der Arbeiter*innenklasse, die von den bürokratischen Führungen der Gewerkschaften am Streik gehindert wird, braucht es mehr als nur einen Aufruf und etwas Überzeugung. Nein, es ist notwendig eine Strömung aufzubauen, die ganz bewusst Anstrengungen unternimmt, die sozialen Bewegungen und die organisierte Arbeiter*innenklasse zusammenzuführen, um diese Hürden zu überwinden.

Dafür kämpfen wir innerhalb der Arbeiter*innenbewegung und innerhalb von Fridays for Future an allen Orten, an denen wir präsent sind, mit unseren Gruppierungen und mit unserer Website www.klassegegenklasse.org – und mit dieser Zeitung, die wir bundesweit herausbringen.

Viele der hier angerissenen Fragen stellen sich in ähnlicher Form auch für die Mietenbewegung, die Frauenbewegung oder die antirassistische Bewegung. Die Rubriken dieser Zeitung spiegeln die politischen Felder wider, die uns zentral erscheinen, um eine ebenso realistische wie optimistische programmatische Debatte zu führen: zur Ökologie, zum Feminismus, zum Antirassismus, zur Mietenbewegung und zu den Unis.

Mit dieser Zeitung wollen wir dazu beitragen, in Deutschland eine revolutionäre Organisation aufzubauen – die es seit fast 90 Jahren nicht mehr gibt. Allen, die das für utopisch halten, werfen wir entgegen: Würde es denn seitdem versucht? Nein; es wurde versucht in der SPD zu arbeiten... die Grünen aufzubauen... in die Linkspartei zu gehen... die zigtausendste NGO zu gründen... und alles ist knallhart gescheitert. Wir sind überzeugt, dass es möglich ist, ein Programm der Unabhängigkeit von allen Varianten des Kapitals zu vertreten und damit nicht nur am Rand zu stehen. Um diese Überzeugung greifbar zu machen, präsentieren wir in dieser Zeitung die Erfahrung unserer Genoss*innen aus Argentinien, die in einer harten Wirtschaftskrise eine antikapitalistische Front der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse aufstellten und damit Hunderttausende erreichten.

Foto: Fridays for Future, Greta Thunberg

Was für einen Feminismus brauchen wir?

Die Frauenbewegung ist weltweit – neben der globalen Klimabewegung – die am stärksten wachsende soziale Bewegung unserer Zeit. Von den internationalen Ni Una Menos-Protesten über #MeToo, die Demonstrationen gegen eine noch restriktivere Abtreibungspolitik in Polen bis hin zu der 600 km langen Menschenkette für Gleichstellung in Kerala, Indien, Anfang des Jahres, an der sich mehrere Millionen Frauen beteiligt haben: Überall sehen wir, dass Frauen gegen geschlechtsspezifische Unterdrückung und Gewalt, gegen die Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt und gegen rechte und autoritäre Regierungen, die hart erkämpfte Rechte zurücknehmen wollen, aufstehen und sich zur Wehr setzen.

Der Feminismus hat sich in den letzten Jahrzehnten theoretisch und praktisch differenziert. Im Zuge der neoliberalen Wende ab den 1980er Jahren hat sich gesamtgesellschaftlich eine zunehmende Individualisierung Bahn gebrochen, die auch in feministischen Kontexten sichtbar wurde und diese sogar oftmals dominiert. Auf einmal ging es darum, dass sich Frauen individuell selbst „empowern“ und die höchsten Posten der Hierarchie erklimmen sollten. Heute jedoch werden sich immer mehr Feminist*innen bewusst, dass dies nichts an den gesellschaftlichen Verhältnissen ändert. Denn für die meisten von uns macht es keinen Unterschied, wer an der Spitze großer Konzerne steht, denn wir müssen trotzdem in Jobs arbeiten, die uns auslaugen und für die wir schlecht bezahlt werden.

Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse im patriarchalen Kapitalismus rücken also zu Recht wieder in den Vordergrund, da viele verstanden haben, dass das Ziel einer veränderten Gesellschaft nicht mit punktuellen Verbesserungen für einige Wenige erreicht werden kann, während die übergroße Mehrheit der Frauen weiterhin unter patriarchalen und ausbeuterischen Strukturen leidet.

Es ist kein Zufall, dass es gerade jetzt eine zunehmende Zahl an Feminist*innen gibt, die einen umfassenderen Ansatz für notwendig erachten und mit dem bürgerlichen und individualistischen Feminismus brechen wollen. Dies hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die Widersprüche im System seit Ausbruch der Krise 2007/08 eine neue Brisanz erhalten haben. Auf der einen Seite steht die angeblich erreichte Gleichstellung und Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite erleben Frauen tatsächlich die Ungleichheiten im Leben, geprägt von schlechten Löhnen, Unsicherheit und Gewalt. Die „Liberalisierung“ des Arbeitsmarkts hat vielfach zu Prekarisierung geführt, von der vor allem Frauen betroffen sind. Wir brauchen also einen Feminismus, der sich damit befasst, was echte Verbesserungen im Leben der Massen bewirken können. Wir brauchen einen sozialistischen Feminismus!

Ein wichtiger Schritt im Bruch mit dem Individualismus ist es, dass sich in den letzten Jahren die Idee eines Frauenstreiks als Mittel für den 8. März durchgesetzt hat. Er thematisiert, dass es die Arbeit der Mehrheit der Frauen ist, die tagtäglich dieses System am Laufen hält, und dass ihre Macht darin liegt, sie kollektiv zu verweigern. Im Spanischen Staat gingen in den letzten beiden Jahren jeweils etwa sechs Millionen Menschen auf die Straße. Besonders beeindruckend: Die spanische Frauenbewegung konnte die Gewerkschaftszentralen dazu zwingen, den 8. März zu einem wirklichen Streiktag zu machen. Auch in der



Innerhalb des Feminismus werden die neoliberalen und individualistischen Varianten, die in den letzten Jahrzehnten dominant waren, von immer mehr Menschen in Frage gestellt. Wie können wir daran anknüpfen und welchen Feminismus brauchen wir?

Schweiz hat dieses Jahr die größte (und erste) Mobilisierung für einen Frauenstreik seit Jahrzehnten stattgefunden. In Deutschland haben sich in vielen Städten Frauenstreikkomitees gebildet, die daran arbeiten, den 8. März als Frauenkampftag wiederzubeleben und zu einem echten Streiktag zu machen. Sie stehen dabei vor der Herausforderung, dass die Gewerkschaftsführungen an der Sozialpartnerschaft festhalten, dass sie also ihre Rolle darin sehen, in ritualisierten Verhandlungsrunden mit den Bossen ein paar kleine Zugeständnisse herauszuholen, anstatt die Gewerkschaften zum Kampfinstrument der Arbeiter*innen zu machen. Dazu kommt die hartnäckige Behauptung, dass politische Streiks verboten seien und dieses Verbot nicht durch eine Mas-

senbewegung überwunden werden könne. Diese Schranken müssen wir Feminist*innen in Deutschland überwinden, um den 8. März zu einem wirksamen Frauenstreik zu machen.

Warum sozialistischer Feminismus?

Wir leben in einem patriarchalen kapitalistischen System, in dem Ausbeutung und Unterdrückung ineinander greifen und sich gegenseitig verstärken. Ausbeutung bedeutet, dass eine Minderheit von Menschen über Produktionsmittel verfügt, also Kapital besitzt. Diese eignet sich die Produkte der Arbeitskraft anderer an und schöpft daraus Profit, indem sie den Arbeiter*innen als Lohn weniger ausbezahlt,

als diese mit ihrer Arbeitskraft an Wert produzieren. Es geht hierbei also um ein Verhältnis zwischen zwei Klassen: die Kapitalist*innenklasse (oder auch Bourgeoisie) auf der einen und die Arbeiter*innenklasse auf der anderen Seite. Unterdrückung beschreibt hingegen die Benachteiligung oder Unterwerfung einer Gruppe durch eine andere, beispielsweise aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Sprache oder ähnlichem. Unterschiedlichkeit wird demnach zur Legitimation von Hierarchie und Herrschaft benutzt. Die Kapitalist*innenklasse profitiert nicht nur von der Ausbeutung von Arbeitskraft, sondern auch von Unterdrückung, da sie zu Spaltungen und Wettbewerb führt. Dies erleichtert wiederum einerseits die Lohnrückerei, weil bestimmte Menschen in besonders schlechte Jobs gedrängt werden können, und verhindert andererseits, dass sich die große Masse an Arbeiter*innen gegen dieses System zusammenschließt und es gemeinsam bekämpft. Diese Funktion erfüllt nicht nur die sexistische Unterdrückung, sondern auch der Rassismus, der tief mit dem Kapitalismus verwoben ist.

Ein weiterer Nutzen, den die Kapitalist*innenklasse aus der patriarchalen Unterdrückung zieht, liegt in der Bereitstellung von Reproduktionsarbeit – also die Tätigkeiten, die zur Erhaltung der Arbeitskraft führen (z.B. Haushaltsarbeit und Kindererziehung). Sie wird hauptsächlich von Frauen geleistet – vor allem unbezahlt im Rahmen der Familie, aber auch unter prekären Bedingungen in den Haushalten wohlhabender Menschen, in der Pflege im Krankenhaus, in der sozialen Arbeit, in Kindergärten, Kantinen und der Reinigung.

Es ist genau diese Arbeit, die das Leben aller Menschen erst ermöglicht und damit auch die Gewinne der Kapitalist*innen. Doch in diesem System wird sie abgewertet und an den Rand gedrängt. Rassistische und sexistische Unterdrückung sind also materiell im Kapitalismus verankert. Frauen erleben dabei unterschiedliche Auswirkungen von Unterdrückung auf ihr Leben, je nachdem, ob sie ausgebeutet werden oder nicht. Während es Bedingungen gibt, die theoretisch alle betreffen (z.B. ein allgemeines Abtreibungsverbot), können es sich reiche Frauen leisten, beispielsweise ins Ausland zu reisen. Armen Frauen stehen diese Möglichkeiten nicht offen, sodass diese oft an den Folgen eines unsicheren oder unhygienischen Abbruchs sterben. Außerdem haben reiche Frauen die Möglichkeit, andere Frauen auszubeuten. Für die Arbeiterin macht es keinen Unterschied, von wem sie letztlich ausgebeutet wird, ihre Bedingungen ändern sich nicht durch eine Frau* an der Spitze.

Wenn wir echte Emanzipation für Ausgebeutete und Unterdrückte wollen, brauchen wir also einen Feminismus, der nicht nur punktuell analysiert und Vorschläge macht, sondern einen, der das ganze System im Blick hat und dadurch den Weg zeigt, wie eine Frauenbefreiung gelingen kann. Wir brauchen einen Feminismus, der anerkennt, dass wir in einer Klassengesellschaft leben und dies als Grundlage der Analyse und als Perspektive des Kampfes betrachtet.

Klassenzugehörigkeit ist nicht nur einer von vielen gleichrangigen Faktoren von Identität, die Unterdrückung mit sich bringen. Sie bildet den Kern, um den sich die anderen Formen von Unterdrückung (z.B. Rassismus, Homo- oder Transfeindlichkeit) formieren und zu einem spezifischen, aber ganzheitlichen System werden. Das, was das System als untergeordnet versteht (Frau, Schwarz, homosexuell usw.) erhält seine konkrete soziale Bedeutung und Ausprägung erst durch die Verknüpfung mit einer sozialen Klasse.

Im Anschluss an Terry Eagleton schreibt die sozialistische Feministin Andrea D'Atri: „Niemand hat eine bestimmte Hautpigmentierung, weil andere eine andere haben, und niemand hat ein bestimmtes Geschlecht, weil andere ein anderes haben. Aber Millionen von Menschen befinden sich in der „Position“ des Lohnarbeiters oder der Lohnarbeiterin, weil es auf der Welt ein paar Familien gibt, die in ihren Händen die Produktionsmittel konzentrieren. Beide Kategorien (bürgerlich/proletarisch oder Ausbeuter*in/Ausgebeutete*r) stehen auf eine Weise im Verhältnis zueinander, dass – im Unterschied zu anderen Identitäten – nur mit der Abschaffung dieses spezifischen Verhältnisses (Kapital/Arbeit) auch die untergeordnete „Identität“ abgeschafft werden kann. In einer Gesellschaft ohne jegliche Unterdrückung können wir uns vorstellen, dass Frauen auf der gleichen Hierarchieebene stehen wie Männer, ebenso wie Schwarze und Weiße oder Heterosexuelle und Homosexuelle. Aber es wird weiterhin verschiedenste Geschlechter geben, unterschiedliche Hautfarben und die diversesten sexuellen Orientierungen, die gleichberechtigt miteinander leben können. Das heißt, die Abschaffung der einen oder der anderen Identität ist nicht die notwendige Voraussetzung für die Abschaffung der Unterdrückung (und genau darum geht es!). Eine analoge Gleichheit der „Anerkennung“ für Bürgerliche und Proletarier*innen ist dagegen nicht denkbar. Dies sind Identitätskategorien, die sich gegenseitig bedingen und ausschließen. Die Menschheit von der Lohnklaverei zu befreien, bedeutet unausweichlich, dieses System an seinen Wurzeln zu bekämpfen und es zu revolutionieren. In diesem Sinne zielt die Emanzipation der Arbeiter*innenklasse auf die Abschaffung aller Klassen!“ – und damit auch darauf, die Grundlage dafür zu legen, die Unterdrückung abzuschaffen, die gefestigt wird durch ausbeuterische Klassenbeziehungen.

Wie kommen wir dorthin?

Um dies zu erreichen, muss das revolutionäre Subjekt, das die Macht hat, diese Veränderungen durchzusetzen, in den Mittelpunkt unserer Bestrebungen rücken: die Arbeiter*innenklasse. Sie hat aufgrund ihrer besonderen Stellung im kapitalistischen Produktionsprozess die Möglichkeit, das System und damit die Profiteure der Kapitalist*innen zum Erliegen zu bringen. Heute ist diese Klasse so weiblich wie nie zuvor und die Frauenbewegung entdeckt gerade das Mittel gerade dieser Klasse für sich, und



Die gesellschaftlichen Machtverhältnisse im patriarchalen Kapitalismus rücken also zu Recht wieder in den Vordergrund, da viele verstanden haben, dass das Ziel einer veränderten Gesellschaft nicht mit punktuellen Verbesserungen für einige Wenige erreicht werden kann, während die übergroße Mehrheit der Frauen weiterhin unter patriarchalen und ausbeuterischen Strukturen leidet.

zwar den Streik. Viele Arbeiterinnen machen also in der Frauenbewegung Erfahrungen, die sie in ihre Arbeitsplätze und zu ihren Kolleg*innen bringen können. Sie können damit eine neue Dynamik in die gesamte Klasse bringen. Gerade heute sind die Chancen so gut wie selten, dass die Frauen- und die Arbeiter*innenbewegung sich miteinander verbinden.

Die besondere Unterdrückung von Frauen und ihre Kämpfe dagegen müssen dabei im Vordergrund stehen und mit den Fragen, die die gesamte Klasse betreffen, verknüpft werden. Sie dürfen nicht als nebensächlich „auf später“ verschoben werden. Das gleiche gilt für Fragen von Rassismus. Hinzu kommt, dass wir diesen Kampf auch international führen müssen. Denn die Kapitalist*innen, die uns in Deutschland ausbeuten, tun dies unter noch krasseren Bedingungen in anderen Ländern, begleitet von Kriegen, Elend und Umweltzerstörung. Wir Frauen von Brot und Rosen sehen

uns dabei in der Tradition von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin und Tausenden anderen vor uns, die sich dafür eingesetzt haben, eine gerechte Gesellschaft zu erkämpfen. Wir fordern wie die Textilarbeiterinnen in Massachusetts, die 1912 unter diesem Namen streikten: Brot (gute Löhne) und Rosen (gute Lebensbedingungen). Wir setzen uns für alle Verbesserungen ein, die erreicht werden können, verlieren dabei aber nie aus den Augen, dass Kapitalismus, Patriarchat und die Zerstörung der Erde untrennbar miteinander zusammenhängen. Deswegen haben wir immer im Blick, das System nicht nur durch kleine Korrekturen zu verändern, sondern es grundlegend abzuschaffen und auf den Trümmern des ausbeuterischen und kapitalistischen Systems eine sozialistische Welt ohne Sexismus, Rassismus und alle anderen Unterdrückungsformen zu errichten.

1 Unter Prekarisierung wird die zunehmende Verschlechterung von Arbeits- und Lebensverhältnissen verstanden, z.B. durch Mini- und Teilzeitjobs, Befristungen, Leiharbeit usw.
2 Andrea D'Atri: Brot und Rosen. Geschlecht und Klasse im Kapitalismus. Argument Verlag 2019. S. 202f.

Nadia Rohi, Brot und Rosen München

Lilly Schön, Brot und Rosen Berlin

Foto: Pary Rosas Protest, Argentinien
© Kresta Pepe, La Izquierda Diario

Streiks gegen Abschiebungen und für offene Grenzen

Im Jahr 2013 schrieb der französische Intellektuelle Etienne Balibar, es werde notwendig sein, „dass die Gesellschaften der Gegenwart, mit ihrem Anspruch, alle Vorteile aus der Globalisierung der Kommunikations- und Geschäftsbeziehungen zu ziehen, sich dazu durchringen, ein neues Recht einzusetzen: ein Recht, das die Bewegung der Menschen, ihren Aufenthalt, ihre Arbeit, ihren sozialen Schutz betrifft und das es über die Grenzen hinweg zu etablieren gilt.“ Im Grunde genommen handelte es sich bei der Forderung nach offenen Grenzen um genau dieses Element, das Balibar hervorgehoben hat: Ein Recht zu etablieren, um die Bewegungsfreiheit der Menschen, ihren Aufenthalt, ihre Arbeit, ihren sozialen Schutz über die Grenzen hinweg zu garantieren. Es handelt sich dabei um eine defensive Forderung, die angesichts der akuten Lage aufgestellt wurde. Um die Aussage zu überspitzen: Es wurde verlangt, die asylsuchenden Menschen im Rahmen der Werte des Universalismus zu empfangen. Komme der Staat seiner Verantwortung nicht nach, müsse die Zivilgesellschaft an seine Stelle treten. Aus diesem Konflikt ist eine Praxis hervorgegangen, in der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der Asylfrage eine Verantwortung als Vermittlungsinstanzen übernehmen.

Es gibt keinen Kapitalismus ohne Rassismus

Trotzki betont 1938, die kapitalistische Demokratie sei „die aristokratischste aller Herrschaftsformen“¹ und hebt die Metaphysik der Demokratie hervor, die auf das Naturrecht zurückgreift, sich aber in ihrer Umsetzung nicht vom Partikularismus lösen kann, da die Interessen der kapitalistischen Klasse die Grundlagen der Gesellschaftsformation bestimmen.

Die Debatte über offene Grenzen hat diese Metaphysik bestärkt, denn „zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt“². Veranschaulicht wird dies durch den Widerspruch, dass für das deutsche Kapital und seine Eigentümer*innen offene Grenzen bereits Realität sind. Wer wird einer deutschen Firma die Investition oder Investor*innen ein Visum verweigern? Währenddessen müssen Arbeiter*innen aus ausgebeuteten Ländern Gefahren und Qualen überstehen, um ihr Recht auf Migration durchzusetzen. An anderer Stelle stellten wir die These auf, dass wir es in Deutschland mit einem Widerspruch zu tun haben, „dass die globalisierten deutschen Konzerne als ‘progressive’ Akteure in der Migrationsfrage wahrgenommen werden“. Wir haben das Bild eines Siebes angewendet, um die Methode zu veranschaulichen, „wodurch die Abschiebung der ‘Unnützlichen’ und das Beibehalten der jungen billigen Arbeitskräfte zu legitimieren versucht wird“. Seit dem ‘Migrationspaket’ der Bundesregierung können Geflüchtete, wenn sie nach einem Jahr keine Arbeit gefunden haben, abgeschoben werden. Im ökonomischen Kern dieser Methode erkennen wir vor allem, dass der Rassismus ein essenzieller Bestandteil des kapitalistischen Systems ist. Das Kapital sucht, grundlegende Rechte wie das Bleibe-

Mit weltweit über 70 Millionen Menschen auf der Flucht gibt es heute die höchste Zahl an Geflüchteten seit dem Zweiten Weltkrieg. Die militärische Aufrüstung der nationalen Grenzen, die Errichtung von Inhaftierungslagern, die Sperrung der Fluchtwege, die willkürliche Definition von „sicheren Herkunftsländern“ und die Entrechtung von asylsuchenden Menschen drücken in aller Schärfe aus, dass der Imperialismus die Triebkraft der gesellschaftlichen Stagnation ist.

recht so zu konditionieren, dass sie unter den Zwang der Mehrwertproduktion fallen. Das Kapital in seiner Phase sogenannter ursprünglicher Akkumulation hat Lektionen gezogen, um effiziente Techniken zur Mehrwertschaffung zu finden, die außerdem zur Disziplinierung, Ausgrenzung und Fragmentierung der Arbeiter*innen beigetragen haben.³

Kosmopolitisches Kapital und nationalistische Arbeiter*innen?

In der aktuellen Krise scheint die Welt Kopf zu stehen: Die Mehrheit der europäischen Parteien gibt sich als „kosmopolitisch“ und progressiv. Sie verkaufen uns die EU, das Gebiet mit den tödlichsten Außengrenzen, als einen Schutzwall gegen den aufkommenden Nationalismus von Johnson, Weidel und Co. Es wird von der Großartigkeit der EU geredet, in der noch die Bewegungsfreiheit existiere. Jedoch wird das Recht auf offene Grenzen nicht für Geflüchtete und Migrant*innen verallgemeinert: Die Bewegungsfreiheit existiert, indem sie für den Großteil der Menschheit nicht existiert.

“Es gibt nichts, was die deutsche Arbeiterschaft in dem Grade korrumpiert hat wie die Meinung, sie schwimme mit dem Strom“, schrieb Walter Benjamin. Im Zuge der neoliberalen Angriffe auf den Lebensstandard der Massen, die mit dem Versagen der SPD und der Krise der Sozialpartnerschaft zusammengehören, endete die Illusion, mit dem Strom zu schwimmen. Die Hoffnung auf einen sozialen Aufstieg scheint nicht mehr zu existieren.

Allerdings wiederholt sich die Geschichte in dem Sinne, dass Teile der Arbeiter*innenklasse die Schuld am Verlust ihres Lebensstandards in den entrechteten und überausgebeuteten Teilen der Klasse suchen. Die Spaltung unserer Klasse wird vom Kapital und seinen Handlangern aufrechterhalten, weil sie in ihrem Interesse ist. Somit zerfällt die Lüge der „gut-menschlichen“ Kapitalist*innen, die ihre Moral nur so lange aufrechterhalten können, wie es Grenzkontrollen und Obergrenzen gibt. Die aktuelle Krise, die als „Flüchtlingskrise“ bezeichnet wird, ergibt sich daher aus der Tatsache, dass die Arbeiter*innenklasse stark fragmentiert ist und es momentan keine Partei gibt, die die rassistischen und anderen Spaltungen bekämpfen könnte.

Wer zerreißt die Grenzen?

Wenn wir also in einer Welt ohne Grenzen leben wollen, in der die Bewegungsfreiheit nicht nur für eine kleine Minderheit gilt, müssen wir uns nach dem Weg fragen. Die Durchsetzung der offenen Grenzen würde in imperialistischen Ländern wie Deutschland die kapitalistische Demokratie zersprengen, da der Nationalstaat, in dem sich diese entfaltet, in Frage gestellt werden würde. Da es um politische Rechte geht, die theoretisch innerhalb einer kapitalistischen Demokratie möglich sind, können wir sie demokratische Übergangsforderungen nennen, die den Klassencharakter und die Grenzen des bürgerlichen Nationalstaats in Frage stellen. Antirassistische Forderungen wie diese, die

den Bewusstseinsstand der Avantgarde erhöhen, werden die fortgeschrittenen Arbeiter*innen zu der einzig logischen Schlussfolgerung bringen: die Emanzipation der Arbeiter*innen und Unterdrückten ist mit dem Nationalstaat und seinen Grenzen unvereinbar. Der Kampf für offene Grenzen kann daher nicht improvisiert, sondern muss vorbereitet werden. Die Grundlage dafür ist der Kampf für die Einheit der Arbeiter*innenklasse und ihrer Verbündeten gegen Rassismus und Reaktion. Die antirassistische Bewegung muss in der Arbeiter*innenklasse ihre strategische Verbündete sehen, ohne die ihre Forderungen nicht durchgesetzt werden können. Gleichzeitig müssen die Gewerkschaften als Kampforgane der Arbeiter*innen sich das Ziel setzen, jede Form von Unterdrückung und Überausbeutung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Lenin formulierte diesen Aspekt als konsequenter Demokratismus der Arbeiter*innen: “Dem nationalen Gezänk der verschiedenen bürgerlichen Parteien wegen der Sprachenfrage usw. stellt die Arbeiterdemokratie die Forderung entgegen: unbedingte Einheit und restlose Verschmelzung der Arbeiter aller Nationalitäten in allen Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Konsum-, Bildungs- und allen anderen Arbeiterorganisationen, als Gegengewicht gegen jeden bürgerlichen Nationalismus. Nur bei einer solchen Einheit, einer solchen Verschmelzung kann die Demokratie behauptet werden, können die Interessen der Arbeiter gegen das Kapital – das bereits international ist und es immer mehr wird – behauptet, können die Interessen der Entwicklung der Menschheit zu einer neuen Lebensform, der jedes Privileg und jede Ausbeutung fremd sind, behauptet werden.“⁴ Es ist offensichtlich, dass dies nicht im Rahmen der aktuellen Passivität geschehen kann: Streiks gegen Abschiebungen und für offene Grenzen sind die stärksten Mittel, die unsere Klasse in ihrem Arsenal hat, um den Rassismus und das Grenzregime zu beseitigen.

- 1 Leo Trotzki: Das Übergangsprogramm. Arbeiterpresse-Verlag 1997. S. 5.
- 2 Karl Marx Das Kapital. Bd. 1. In: MEW Bd. 23. S.249.
- 3 Susan Bock-Morris stellt in dem Buch „Hegel und Haiti“ ihre Forschungen diesbezüglich dar. „Auch wenn spätere Historiker darauf hinweisen sollten, die mangelnde Effizienz der Sklavenarbeit sei mit der kapitalistischen Modernisierung nicht kompatibel gewesen, so bestand das eigentliche Problem (...) darin, wie die Arbeiter sich dazu bewegen ließen, sich freiwillig in ihr Schicksal zu fügen. Ein klarer Fall von Verleugnung: Je größer das Volumen der von afrikanischen Sklaven geleisteten Arbeit wurde und je poröser (und damit fiktiver) die Grenze zwischen den Kolonien, in denen Sklavenarbeit weit verbreitet war, und Europa wurde, wo man die Sklaverei ablehnte, desto strengere Gesetze wurden verabschiedet, um das System aufrechtzuerhalten.“
- 4 W. I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage. In: Werke Bd. 20. S. 6f.

Baran Serhad, RIO

Andrés Garcés, organize:strike

Unsere Solidarität gegen ihre Repression

Kameras an jeder Ecke, neue Polizeigesetze in allen Bundesländern und die parlamentarischen Hardliner fordern immer noch mehr Mittel für den Repressionsapparat. Der Polizeistaat scheint auf der Überholspur zu sein. Zwei Genoss*innen von RIO und Brot und Rosen sind mitten drin im Kampf gegen staatliche Willkür bei Justiz und Polizei. Wie weit geht die Repression und was können wir dagegen tun?

Narges Nassimi ist eine der Gründerinnen von Brot und Rosen in Deutschland, die derzeit größte, internationalistisch organisierte sozialistische Frauenorganisation. Im Jahr 2014 floh sie aus ihrer kurdischen Heimat im heutigen Iran. Angekommen in Deutschland begann sie sich für ihre Rechte als Geflüchtete, Feministin und als Angehörige einer unterdrückten Nation für eben diese einzusetzen. So auch im März 2018. Mit einer Gruppe von jungen Aktivist*innen stattete sie dem Hauptgebäude der bayerischen SPD einen Besuch ab, um gegen die Waffenlieferungen des deutschen Staates an die Türkei und den Einmarsch türkischer Truppen in Afrin zu protestieren. Was absolut friedlich begann, wurde von der SPD-Bürokratie vollkommen unnötig eskaliert. Obwohl ähnliche Aktionen in anderen Bundesländern stattfanden, muss Narges Nassimi sich in Bayern wegen des Vorwurfes des Hausfriedensbruchs vor Gericht verteidigen.

Eine Farce und eine politische Bankrott-erklärung der SPD, wenn man bedenkt, wie sehr die Rechte von Kurd*innen in Deutschland mittlerweile eingeschränkt sind. Fahnen in den Farben Kurdistans sind verboten, Bilder von politischen Führungspersonlichkeiten ebenso. Wenn sie sich dann auch noch gegen einen Krieg engagieren, bei dem der deutsche Staat ordentlich mitmischt, holt man lieber mal schnell die Polizei. Für Narges ist dieser Fall in mehrfacher Hinsicht als Angriff auf ihre Politik zu werten. Nicht nur wird sie als Kurdin kriminalisiert, sondern auch als Geflüchtete und als Frau. Ihr Aufenthaltsstatus ist in Gefahr, sie wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit überwatcht.

Auch Benjamin Ruß war an diesem Tag in der SPD-Zentrale dabei. Als ehemaliger StopG7-Sprecher und als Mitglied der Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO) steht er ebenso vor Gericht, wird von der Staatsanwaltschaft sogar als Rädelsführer dargestellt. In erster Instanz wurde er verurteilt, nun ist sein Fall vor dem Landgericht gelandet. Der Verfolgungswille der Staatsanwaltschaft ist dabei bemerkenswert. Benjamin hatte im Zusammenhang mit seiner politischen Aktivität bisher zwei Hausdurchsuchungen, seine Computer und privaten Dokumente waren beschlagnahmt und Sozialleistungen wurden ihm durch Initiative des Staatsschutzes gekürzt. Sein brisantester Fall ist jedoch nun vor dem Bundesverfassungsgericht gelandet: Eine handelsübliche Plastikfolie, die er auf einer Demonstration 2015 in Frankfurt bei sich hatte, wurde ihm als Passivbewaffnung ausgelegt.

Besonders Bayern kann man als Brutstätte und Testlabor einer inneren Militarisierung bezeichnen. Nicht nur sitzt hier mittlerweile ein AfD-Kandidat als Richter im bayerischen Verfassungsgericht. Die Ankerzentren sowie die Polizeiaufgabengesetze sind auf die Initiative der CSU zurückzuführen und hier auch am konsequentesten umgesetzt worden. Der Verfolgungswille des Staates weist dabei auch eine strukturelle Natur auf. Er trifft besonders Geflüchtete, Linke und Migrant*innen. Der



Kameras an jeder Ecke, neue Polizeigesetze in allen Bundesländern und immer mehr Mittel für den Repressionsapparat. Zwei Genoss*innen von RIO und Brot und Rosen sind mitten drin im Kampf gegen staatliche Willkür bei Justiz und Polizei.

bayerische Staatsschutz lässt sogar Jugendliche beobachten, die sich im Rahmen der FFF-Bewegung für eine lebenswerte Zukunft einsetzen. Das ist kein Witz, sondern bittere Realität, die man im Halbjahresbericht des bayerischen Verfassungsschutzes nachlesen kann. Der Staats- und Verfassungsschutz, der den NSU unterstützte und morden ließ, will nun also minderjährige Klimaaktivist*innen kriminalisieren.

Die Zielstrebigkeit, Hartnäckigkeit und Beispielhaftigkeit, mit der die Aushöhlung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit oder des Aufenthaltrechts vorangetrieben wird, erreichen seit ein paar Jahren eine neue Dimension. Während der G7- und G20-Gipfel in Deutschland wurden demokratische Grundrechte kurzerhand außer Kraft gesetzt und gerichtliche Entscheidungen durch die Polizei ignoriert. Der Alltag in den Lagern ist geprägt von Dublin III und Polizeigewalt. Zusätzlich nimmt die Überwachung des öffentlichen Raumes zu. Und nicht nur der öffentliche Raum wird flächendeckend ausgespäht. Die Möglichkeiten der Staats- und Verfassungsschutzbehörden, Wohnungen und Privatpersonen zu bespitzeln, sind mittlerweile nahezu unbegrenzt. Immer wieder werden rechte Netzwerke in den Sicherheitsbehörden aufgedeckt, während die Regierung dazu schweigt und das Vorgehen der Polizei- und Staatsschutzbehörden deckt. Anlasslose Kontrollen nehmen zu, Racial Profiling wird gar nicht mehr bestritten und die Gewalttätigkeit der Polizei gegenüber der Be-

völkerung hat besonders bei Teilen der Jugend Spuren hinterlassen. Sei es bei Demos gegen Faschisten, im Hambacher Forst, in Fußballstadien oder im städtischen Alltag. Eine aktuelle Studie der Uni Bochum zu Polizeigewalt in Deutschland löste nicht einmal mehr einen Aufschrei aus, sondern fand breite Zustimmung. Dem gegenüber fordern die konservativen Teile des Parlaments sogar noch eine Ausweitung der Politik der harten Hand.

Doch wie sollen wir der Repression begegnen? Keins der repressiven Gesetze der letzten Jahre wurde aufgehoben. Selbst das bayerische PAG, Auslöser für die größten Proteste im Freistaat gegen eine Regierungsmaßnahme seit langem, wurde verabschiedet. Die bayerische Strategie von Linkspartei, SPD und Grünen war geprägt davon, den Kampf von der Straße ins Parlament zu führen – ihn also abzuwürgen. Schwerwiegend kam hinzu, dass in den Ländern, in denen eine dieser Parteien an Regierungen beteiligt war, die neuen Polizeigesetze ebenso verabschiedet wurden. Halb lustlos, halb hilflos wurde die bayerische Kampagne von einer Verfassungsbeschwerde flankiert. Sich hier im Gericht auf die Vernunft von Richter*innen zu verlassen, deren Karriere von ihrer Staatstreue abhängig ist, ist allein schon historisch gesehen keine Option.

Um den Polizeistaat auszubremsen, können wir uns nicht auf die Institutionen verlassen, die ihn vorbereiten und ausbauen. Was es braucht, ist eine breite, solidarische Front zur Verteidigung demokratischer Rechte. So, wie

die Mobilisierungen gegen das PAG überall in Bayern begannen. Die Münchner Schüler*innen machten uns mit ihrer Konsequenz am 15. Mai 2018 zudem vor, wie das PAG hätte verhindert werden können: sie organisierten einen Schulstreik gegen das Gesetz!

Benjamin Ruß, RIO

Foto: Protest gegen das Polizeiaufgabengesetz

Die Klimabewegung auf die FüÙe stellen

Spätestens nach der weltweiten Aktionswoche von Fridays For Future (FFF) im September ist klar, dass die Klimabewegung Millionen auf die Straße bringen kann, und zwar nicht nur in den imperialistischen Zentren, sondern auch in ausgebeuteten Ländern wie Südafrika, Bangladesch und Uganda – die bereits seit Jahrzehnten mit den drastischen Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben.

In Deutschland wird das “Klimapaket” der Regierung zu Recht als Farce kritisiert – erst Recht, nachdem die Regierung es noch einmal weiter abgeschwächt hat. Angesichts der von Greta Thunberg zitierten achteinhalb Jahre, die uns bleiben, um nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 67% das Lostreten einer unkontrollierbaren Katastrophe zu verhindern, ist es ein eiskaltes Todesurteil für hunderte Millionen Menschen weltweit. Es setzt auf eine Verteuerung der Produkte durch eine CO2-Steuer und Subventionen für Konzerne. Die Groko zeigt erneut, für wen sie Politik macht: für die Konzerne und ihre saftigen Profite und nicht für die Armen, Arbeiter*innen und Frauen, die hierzulande und insbesondere im Globalen Süden die geringste Schuld am Klimawandel haben und die größte Last tragen.

Klimawandel als Produkt der Aufteilung der Welt

Das Entstehen des Kapitalismus ab dem 15. Jahrhundert im Wechselspiel mit dem europäischen Kolonialismus war aufgebaut auf Massenmord und Sklavenhandel, aber auch von Beginn an schon auf der Plünderung und Zerstörung nicht-menschlicher Natur.

Ein zentraler Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels war es, herauszufinden, wie der Kapitalismus als Produktionsweise funktioniert, im Zusammendenken von Wirtschaft und Ökologie: “die kapitalistische Produktion entwickelt nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.”¹

Das System verursacht also einen “Bruch” in dem, was sie den “Stoffwechsel der menschlichen Gesellschaft mit der Natur” nannten. Im späten 19. Jahrhundert veränderte sich das System hin zu dem, was wir den Imperialismus nennen: Das Finanzkapital entstand aus Bank- und Industriekapital und bis heute streiten sich jeden Tag weniger Konzerne um die Aufteilung von sich immer weiter ausdehnenden Märkten.

Mit dem Aufstieg des Imperialismus im Zusammenhang mit der industriellen Revolution wuchsen die Treibhausgasemissionen rasant, während sich die Kontrolle über die Kolonien und Halbkolonien der Welt vertiefte. Die kapitalistische, auf fossilen Brennstoffen basierte Industrie – hauptverantwortlich für den Großteil der Emissionen – hat ihren Ursprung in der brutalen und mörderischen Ausbeutung von Mensch und Natur in der kapitalistischen Peripherie, sowie der Ausbeutung der Arbeiter*innen hierzulande.

Einen weiteren Aufstieg erfuhr das fossile, imperialistische Kapital im Zuge der fordistischen Massenproduktion, Kriege um die Kontrolle von fossilen Brennstoffen wie Öl im Irak, wo heute Massenaufstände gegen Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption und Gewalt stattgefunden, sind in diesem System an der Tagesordnung. Antikoloniale Aufstände und Revolutionen wandten sich oft nicht nur gegen die Kolonialmacht, sondern gegen den Imperialis-

Millionen von Menschen gehen mit FFF auf die Straße. Aber die Regierungen verabschieden "Klimapakete", die ein Todesurteil für Millionen Menschen bedeuten. Welche Antwort muss die Klimabewegung heute geben?

mus an sich, wurden aber meist eingedämmt und die Länder in Abhängigkeit gehalten. Das Beispiel Vietnamkrieg zeigt deutlich die enge Verbindung von Naturzerstörung und Imperialismus: Mit dem Pflanzengift “Agent Orange” des heutigen Konzerns Bayer-Monsanto wurden enorme Flächen Urwald und Menschen vernichtet und vergiftet. Heute ist die Abwandlung dieses Glyphosats als “Roundup Ready” das meistverkaufte Ackergift. Es wird mit den resistenten, transgenen Pflanzen von Bayer-Monsanto genutzt, um mittels Patenten die Kontrolle über möglichst alles Saatgut auf der Welt und sogar über Tiere zu erlangen.

Heute ist die Produktion weltweit verzweigt und noch irrationaler: Manche Waren wie Jeans werden mehrfach um die Erde geschickt, bis sie fertig im Laden ankommen, um durch die billigeren Löhne in den stärker abhängigen Halbkolonien die Profitmargen der Bosse und Aktionär*innen immer noch ein bisschen mehr zu steigern. Dabei stellt die internationale Arbeiter*innenklasse heute zwei Drittel der Weltbevölkerung. Sie ist gezwungen, ihre Arbeitskraft gegen Lohn an die Kapitalist*innen zu verkaufen, welche den Profit erhalten und unermesslich reich werden. Nicht nur haben acht Menschen auf der Welt mehr Reichtum als die Hälfte der Weltbevölkerung, die Herrschenden produzieren auch um ein Vielfaches mehr Emissionen. Eine Studie zeigte beispielsweise, dass 71% der Treibhausgasemissionen zwischen 1988 und 2015 von nur 100 Unternehmen, den “Carbon Majors”, emittiert wurden.²

Die andere Seite der Medaille ist der weit überproportionale Effekt, der insbesondere arme Menschen im Süden durch den Klimawandel trifft. Bereits bei +4°C Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur könnte der Amazonas zur Wüste werden und weite Teile der Tropen und Subtropen durch Bodenverlust unbewohnbar werden, die Gletscher Grönlands und des Himalaya abschmelzen, welche Flüsse wie den Ganges speisen.³ Dabei suggerieren weniger konservative Studien als der IPCC Report, dass die Temperaturen bis 2100 um bis zu +7°C steigen könnten.⁴

Welche Klimabewegung brauchen wir?

Während weiterhin unter der Führung internationaler Institutionen wie EU, UNO und des sogenannten “Weltklimarats” (IPCC) “business as usual” betrieben wird, schreitet der Klimawandel voran. Es ist hierbei ein großer Schritt, dass sich Millionen Menschen international für ein gemeinsames Ziel mobilisieren, jedoch fehlt es an einer konkreten internationalistischen Strategie.

In Brasilien beispielsweise profitieren imperialistische Konzerne von der Brandrodung des Amazonas, wie eben Bayer-Monsanto durch den Verkauf von Saatgut. Hier muss die Bewegung die Enteignung und Verbannung

Ökologie

von imperialistischen Konzernen fordern, wie es unsere Genoss*innen der Bewegung Revolutionärer Arbeiter*innen (MRT) dortzulande tun. So wie im brennenden Brasilien machen deutsche Konzerne wie Bayer auch in Argentinien ein Mega-Geschäft mit GMO-Saatgut.⁵ Dort stützt der Internationale Währungsfonds (IWF), an dem Deutschland die viertheisten Anteile hält, die dreckige Erkundung eines der größten Öl- und Gasfelder der Welt (“Vaca Muerta”) und die Auspressung des Landes durch immense, verbrecherische und illegitime Staatsschulden. Die antiimperialistische Kraft der FIT-Unidad tritt dort für die Streichung und Nichtzahlung der Schulden, die Enteignung der nationalen und imperialistischen Konzerne sowie für ein Programm zur sauberen, rationalen Energienutzung ein.

In Deutschland ist es daher unsere Aufgabe, diesen Kampf gegen den IWF und deutsche Konzerne wie Bayer nicht nur zu unterstützen, sondern die deutsche Regierung, die internationalen Organisationen und ihre Konzerne selbst zu konfrontieren. Gegen die Interessen der deutschen Regierung und der Banken müssen wir die Streichung der Schulden fordern, sei es vom IWF oder deutschen Banken direkt. Es muss ein allgemeines Verbot für Gentechnik-Saatgut wie jenes von Bayer-Monsanto oder Syngenta verhängt werden mit der Perspektive der Enteignung dieser und aller anderen Großkonzerne unter Arbeiter*innenkontrolle.

Eine Klimabewegung in einer imperialistischen Weltmacht wie Deutschland hat die Aufgabe, sich bedingungslos mit den Kämpfen der Betroffenen zu solidarisieren und gegen “unsere(n) verbrecherischen Staat und “unsere” dreckigen Konzerne zu kämpfen. Dies beinhaltet auch die Forderung nach einer Anerkennung der Geflüchteten, die aufgrund von Klimawandel, Hunger und Krieg nach Europa fliehen. Wenn FFF sich tatsächlich als internationalistische Bewegung aufstellen will, gehören daher Forderungen nach der Öffnung der Grenzen, vollen Staatsbürger*innenrechten für alle, die hier leben, und des Verbots aller Abschiebungen in das Programm.

In welcher Welt wollen wir leben?

Das imperialistische Weltsystem führt uns in eine totale soziale und ökologische Katastrophe. Unsere Antwort darauf ist eine ökologische, sozialistische Gesellschaft: Wir brauchen ein Programm und eine Strategie, um eine soziale Kraft aufzubauen, die die Verantwortlichen der Klimakrise entmachten kann und all denen das Steuer übergibt, die von diesem System tagtäglich ausgebeutet und unterdrückt werden. Was aus der Erde gefördert werden soll und was nicht, welche Fabriken was produzieren, wie die Landwirtschaft strukturiert wird, was regional und was woanders geschaffen wird – sprich wo wir unsere Arbeitskraft hineinstecken –, all das kann demokra-

Jugend und Universität

tisch und von unten diskutiert und entschieden werden, wenn wir uns international von der Herrschaft der Kapitalist*innen befreien. Während wir nach einer sozialistischen Revolution in heutigen imperialistischen Ländern entscheiden könnten, die Produktion massiv zu drosseln und wertvolle Lebenszeit gewinnen würden, kann die Wirtschaft im Süden in vielen Sektoren noch wachsen, allerdings auf der Grundlage strenger ökologischer Kriterien und der Verallgemeinerung von allem Wissen und aller Technik weltweit und für alle.

Die Vorstellung, dass wir den Kapitalismus zwar eigentlich überwinden müssten, aber erstmal keine Zeit dafür hätten, ist heute populär. Sie muss vom Kopf auf die FüÙe gestellt werden: Wir haben keine Zeit, den Kapitalismus auch nur einen Tag länger zu erdulden, und nur im Sozialismus können wir so schnelle und tiefe Maßnahmen ergreifen wie nötig. Hierzu ist es notwendig, dass wir uns als Teil einer weltweiten arbeitenden Klasse gemeinsam auf revolutionärer Grundlage organisieren. Denn eine andere Welt ist möglich, in der Menschen unter sich und mit der Natur in Harmonie leben.

Den Schulstreik in die Uni tragen

Wer heute studiert, kennt die Uni kaum als einen Ort politischer Auseinandersetzung – das muss aber nicht so bleiben. Die von Schüler*innen getragene Fridays-for-Future-Bewegung zieht immer größere Sektoren in den Kampf gegen den Klimawandel und könnte bald auch auf die Universitäten überschwappen.



Seit fast einem Jahr streiken wöchentlich tausende Schüler*innen im ganzen Land, um sich für eine klimagerechte Politik einzusetzen. Und wir Studis? Zwar beteiligen sich auch viele Studierende an den Demonstrationen von Fridays for Future, doch die Universitäten hat die Bewegung noch nicht erobert.

Zwar hat es schon im vergangenen Semester an verschiedenen Universitäten Vollversammlungen gegeben, in denen konkrete Maßnahmen von den Hochschulen gefordert wurden. Doch hatten diese keine weiteren Aktionen zur Folge. Auch in Teilen der Klimabewegung wie bei Ende Gelände und Extinction Rebellion sind Studierende maßgeblich beteiligt. Jedoch begriffen diese bisher ihren Aktionsschwerpunkt nicht an den Hochschulen und konnten deshalb auch nur einen kleinen Teil der Studierendenschaft mobilisieren.

Nach den riesigen Protesten vom 20. September, bei denen in ganz Deutschland 1,4 Millionen Menschen auf die Straße gingen, trat vom 22. bis 23. September der Klimarat-schlag zur Vernetzung und Koordination der Studierendenschaft in Jena zusammen. Dort beschlossen 120 Students for Future aus über 30 Hochschulen, vom 25. bis 29. November zu einer Klimastreikwoche an den Universitäten aufzurufen.

Dieser Aufruf kommt genau im richtigen Moment, in dem tausende ehemalige Schüler*innen, die von der Bewegung mitbekommen haben oder selbst aktiv waren und sind, als Erstis an die Hochschulen kommen. Historisch gesehen spielten Studierende immer eine vorantreibende Rolle bei sozialen Bewegungen – die 68er-Bewegung ist ein gutes Beispiel hierfür. Doch in den letzten Jahren war es sehr ruhig an den deutschen Hochschulen. Die Proteste gegen die Bologna-Reform und die Studiengebühren am Ende der 00er-Jahre endeten in Niederlagen, von denen sich die Studierenden seitdem nicht erholt haben.

Denn auch wenn sich viele Studierende weiterhin an gesellschaftlichen Mobilisierungen wie bei Anteilbar, NoPag oder der Mietbewegung beteiligen, tun sie dies in der Regel vereinzelt, sodass sie keine eigenen Forderungen formulieren oder sich an der Universität

Andrés Garcés, organize:strike

Sören Luxbach, organize:strike

Robert Samstag, organize:strike

Yunus Özgür, organize:strike

Marco Blechschmidt, marxistische jugend

Andreas Schmitt, marxistische jugend

Robert Samstag, organize:strike

Yunus Özgür, organize:strike

Marco Blechschmidt, marxistische jugend

Andreas Schmitt, marxistische jugend

Diese Frage stellt sich auch ganz konkret an jeder Hochschule: Aktuell ist der Großteil der Lehre und Forschung von Staats- oder Konzerngeldern abhängig und betreibt Wissenschaft in deren Interesse. So wird in München an einer grünen Bombe geforscht, die zwar effizient töten kann, jedoch die Umwelt nicht zerstört. Und auch in den Gesellschaftswissenschaften wird Lehre und Forschung im Sinne des Kapitals betrieben, während Theorien zur Kritik und Veränderung der Gesellschaft immer weiter an den Rand gedrängt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein – wie wir es mit den Artikeln in dieser Zeitung zu tun versuchen, aber auch mit Seminaren, Lesekreisen und Teach-Ins –, dass die Universität wieder zu einem Ort der theoretischen Auseinandersetzung wird, die uns dabei hilft, die kapitalistische Gesellschaft zu analysieren – und sie umzuwälzen.

Solange die Interessen der Bundesregierung, der Banken und Konzerne in den Universitäten das Sagen haben, wird es keine Forschung im Dienste der Massen geben. Deshalb setzen wir uns für die vollständige Demokratisierung der Universität ein, damit sie von Studierenden und Beschäftigten selbst verwaltet wird und eine von den Kapitalist*innen unabhängige Forschung betreibt. Diese muss notwendigerweise antimperialistisch und antisassistisch sein und sich gegen die Politik der Bndesregierung und den Militarismus stellen. Die tausenden Scientists for Future könnten wichtige Verbündete in diesem Kampf sein, wenn sie sich konsequent auf die Seite der Studierenden und Arbeiter*innen stellen.

Einheit von Arbeiter*innen und Studierenden

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

All diese gesellschaftlichen Probleme finden sich auch an der Universität wieder: Denn während wir unter der Neoliberalisierung durch überfüllte Hörsäle, gestiegenen Leistungsdruck und gestrichene Studiengänge leiden, hat sie auch die Hochschulbeschäftigten hart getroffen. Die Belegschaften an den Universitäten sind durch Auslagerung und unterschied-

liche Tochterfirmen gespalten, wie die Mensa-Beschäftigten oder die Reinigung. An der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, die den Ruf einer gesellschaftskritischen Hochschule genießt, sind die Reinigungskräfte nicht direkt an der Universität beschäftigt, sondern in einer externen Firma angestellt. Als sich zwei Reinigungskräfte gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen wehrten, wurden sie daraufhin mit Stundenkürzungen und Entlassungen schikaniert. Als antikapitalistische Hochschulgruppe organize:strike und als sozialistisch-feministische Gruppe Brot und Rosen haben wir daraufhin ein Solidaritätskomitee ins Leben geführt. 70 Studierende und Beschäftigte der ASH haben zu Semesterbeginn die Hochschulleitung konfrontiert und gefordert, dass die Reinigung in die Hochschule zurückgeführt wird. In den kommenden Wochen und Monaten wollen wir den Druck weiter erhöhen.

Diese prekären Arbeitsbedingungen treffen besonders häufig Migrant*innen und Frauen, was sexistische und rassistische Strukturen reproduziert. Daher müssen wir nicht nur die Forschung und Lehre im Interesse der Massen umgestalten, sondern auch und besonders die Arbeitsbedingungen. Der Kampf gegen Outsourcing an den Hochschulen ist dabei ein wichtiger erster Schritt, um gegen Prekarisierung, Sexismus und Rassismus einzutreten und die Verbindung zwischen Studierenden und Beschäftigten herzustellen. Daraus kann die gemeinsame Organisation mit den Beschäftigten entstehen, damit sie durch Streiks und Besetzungen die gesamte Universität lahmlegen können. Mit dieser Perspektive wollen wir uns organisieren.

Diese Frage stellt sich auch ganz konkret an jeder Hochschule: Aktuell ist der Großteil der Lehre und Forschung von Staats- oder Konzerngeldern abhängig und betreibt Wissenschaft in deren Interesse. So wird in München an einer grünen Bombe geforscht, die zwar effizient töten kann, jedoch die Umwelt nicht zerstört. Und auch in den Gesellschaftswissenschaften wird Lehre und Forschung im Sinne des Kapitals betrieben, während Theorien zur Kritik und Veränderung der Gesellschaft immer weiter an den Rand gedrängt werden. Deshalb setzen wir uns auch dafür ein – wie wir es mit den Artikeln in dieser Zeitung zu tun versuchen, aber auch mit Seminaren, Lesekreisen und Teach-Ins –, dass die Universität wieder zu einem Ort der theoretischen Auseinandersetzung wird, die uns dabei hilft, die kapitalistische Gesellschaft zu analysieren – und sie umzuwälzen.

Solange die Interessen der Bundesregierung, der Banken und Konzerne in den Universitäten das Sagen haben, wird es keine Forschung im Dienste der Massen geben. Deshalb setzen wir uns für die vollständige Demokratisierung der Universität ein, damit sie von Studierenden und Beschäftigten selbst verwaltet wird und eine von den Kapitalist*innen unabhängige Forschung betreibt. Diese muss notwendigerweise antimperialistisch und antisassistisch sein und sich gegen die Politik der Bndesregierung und den Militarismus stellen. Die tausenden Scientists for Future könnten wichtige Verbündete in diesem Kampf sein, wenn sie sich konsequent auf die Seite der Studierenden und Arbeiter*innen stellen.

Einheit von Arbeiter*innen und Studierenden

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

All diese gesellschaftlichen Probleme finden sich auch an der Universität wieder: Denn während wir unter der Neoliberalisierung durch überfüllte Hörsäle, gestiegenen Leistungsdruck und gestrichene Studiengänge leiden, hat sie auch die Hochschulbeschäftigten hart getroffen. Die Belegschaften an den Universitäten sind durch Auslagerung und unterschied-

liche Tochterfirmen gespalten, wie die Mensa-Beschäftigten oder die Reinigung. An der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin, die den Ruf einer gesellschaftskritischen Hochschule genießt, sind die Reinigungskräfte nicht direkt an der Universität beschäftigt, sondern in einer externen Firma angestellt. Als sich zwei Reinigungskräfte gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen wehrten, wurden sie daraufhin mit Stundenkürzungen und Entlassungen schikaniert. Als antikapitalistische Hochschulgruppe organize:strike und als sozialistisch-feministische Gruppe Brot und Rosen haben wir daraufhin ein Solidaritätskomitee ins Leben geführt. 70 Studierende und Beschäftigte der ASH haben zu Semesterbeginn die Hochschulleitung konfrontiert und gefordert, dass die Reinigung in die Hochschule zurückgeführt wird. In den kommenden Wochen und Monaten wollen wir den Druck weiter erhöhen.

Diese prekären Arbeitsbedingungen treffen besonders häufig Migrant*innen und Frauen, was sexistische und rassistische Strukturen reproduziert. Daher müssen wir nicht nur die Forschung und Lehre im Interesse der Massen umgestalten, sondern auch und besonders die Arbeitsbedingungen. Der Kampf gegen Outsourcing an den Hochschulen ist dabei ein wichtiger erster Schritt, um gegen Prekarisierung, Sexismus und Rassismus einzutreten und die Verbindung zwischen Studierenden und Beschäftigten herzustellen. Daraus kann die gemeinsame Organisation mit den Beschäftigten entstehen, damit sie durch Streiks und Besetzungen die gesamte Universität lahmlegen können. Mit dieser Perspektive wollen wir uns organisieren.

Einheit von Arbeiter*innen und Studierenden

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen eine CO2-Steuer sind, kannst du auf Seite 10 tiefer nachlesen.) Dabei liegt gerade in der Arbeiter*innenklasse eine riesige Macht, die in Verbindung mit einer kämpferischen Studierendebewegung radikale Forderungen nach einer grundlegenden Umwandlung der Wirtschaft aufstellen könnte. Dazu könnte die Enteignung der Energie- und Automobilindustrie unter Arbeiter*innenkontrolle sowie der Ausbau eines kostenlosen Nahverkehrs gehören. In letzter Konsequenz müsste eine demokratisch und wissenschaftlich organisierte Planwirtschaft stehen, in der die Universitäten im Dienste der Arbeiter*innen und Massen eine zentrale Rolle spielen würde.

Das ist besonders wichtig, da es zur Zeit in der Klimabewegung Forderungen gibt, die dazu führen würden, dass die Arbeiter*innen für die Klimakrise bezahlen müssten und sich ihre Lebensbedingungen weiter verschlechterten. Ein Beispiel dafür ist die CO2-Steuer, die in abgeschwächter Form von der Bundesregierung eingeführt werden soll und mit noch höheren Sätzen von den Grünen gefordert wird. Eine solche Steuer richtet sich gegen die Massen und führt dazu, dass die Arbeiter*innen sich von der Klimabewegung abwenden und somit der wichtigste Verbündete im Kampf gegen die mächtigen Konzerne verloren geht. (Warum wir gegen

Vom Klimastreik zum Generalstreik

Mehrere Millionen Menschen beteiligten sich im September an der Aktionswoche gegen die Klimakrise. Allein in Deutschland gingen über eine Million Menschen, vorwiegend Jugendliche, auf die Straße. Gleichzeitig hat die Bundesregierung ihr „Klimapaket“ verabschiedet, das jedoch nur bei großen Unternehmen die Sektkorken knallen lässt. Sie werden weiterhin weitgehend von Belastungen verschont. Stattdessen trifft es Beschäftigte und Verbraucher*innen, die höhere Steuern und Kosten befürchten müssen. Das ist nicht nur unsozial, es sind auch gerade die großen Industrien, die das meiste CO2 ausstoßen und damit die Umwelt zerstören.

Die Bundesregierung macht mit diesem Paket ein weiteres Mal deutlich, wessen Interessen sie wirklich vertritt. Dementsprechend hart ist auch die Kritik von Fridays for Future, Umweltverbänden und allen, die ernsthafte Maßnahmen gegen den Klimawandel fordern. Die weltweiten Proteste machen dabei Hoffnung, dass die Jugend sich nicht so schnell mit faulen Kompromissen abspenken lässt.

Der 20. September war allerdings deshalb so groß, weil die Bewegung nicht nur Schüler*innen und Studierende, sondern auch Beschäftigte explizit dazu aufrief, sich am Streik zu beteiligen. Doch von den Gewerkschaftsführungen, die die Macht hätten, zu richtigen Streiks aufzurufen, kamen nur Lippenbekenntnisse. Sie seien zwar solidarisch mit der Bewegung, doch Beschäftigte müssten schon aussteigen oder Urlaub nehmen, wie es ver.di-Chef Frank Bsirske in der WAZ vom 5. August formulierte. Durch die Bank betonten Funktionär*innen, dass politischer Streik in Deutschland illegal sei. Im Ergebnis blieb die Mobilisierung von Arbeiter*innen weit hinter den Möglichkeiten zurück. Dabei hätte der Druck durch echte Streiks viel größer sein können. Weil das absehbar war, wurden im Vorfeld Stimmen laut, die den Aufruf zum politischen Streik von den Gewerkschaftsführungen fordern. Auf dem ver.di-Kongress Ende September wurde dann zwar beschlossen, dass der politische Streik als Mittel gesellschaftlicher Auseinandersetzung in die ver.di-Satzung aufgenommen und zusätzlich eine Legalisierung gefordert werden soll. Das ist zwar zu begrüßen, doch es bleibt ein leeres Lippenbekenntnis, wenn dieses Mittel trotzdem nie zum Einsatz kommt. Bislang führte die Bürokratie gegen die Idee des politischen Streiks die vermeintliche Illegalität und die Gefahr hoher Schadensersatzforderungen gegen die Gewerkschaften an. Doch auch wenn er Erwähnung in der Satzung findet, werden der Bürokratie noch dutzende Gründe einfallen, warum diese oder jene Situation keinen politischen Streik rechtfertigt oder dieser schlicht nicht organisierbar sei. Auch bisher gibt es in Deutschland kein Gesetz, das einen politischen Streik explizit verbietet. Doch selbst wenn es ein Gesetz gäbe, wäre das kein Grund, auf ihn zu verzichten. Das Recht auf ökonomischen Streik ist hart erkämpft worden. Bevor die Arbeiter*innenbewegung es mit Streiks durchgesetzt hatte, war es normal, dass Arbeitsniederlegungen mit brutaler Repression beantwortet wurden. Der Staat half den Kapitalist*innen mit Gewalt, ihre Ordnung aufrecht zu erhalten. Der politische Streik wird also durch-

gesetzt, indem er stattfindet – nicht indem wir mit Petitionen oder Appellen an die Regierung eine Legalisierung erwirken. Ob ein Streik im Nachhinein als illegal deklariert wird oder die Teilnehmer*innen mit Strafen belegt werden, ist vor allem eine Frage der Kräfteverhältnisse. Damit es einen politischen Streik geben kann, der stark genug ist und nicht illegalisiert werden kann, braucht es eine entsprechend große Mobilisierung.

Dies kann nur zustande kommen, wenn es Forderungen gibt, für die sich relevante Sektoren der Arbeiter*innenklasse vereinigen. Das heißt, wenn die Jugendbewegung FFF ihre Forderungen mit Unterstützung echter Streiks durchsetzen will, wird es nicht reichen, Appelle an die Gewerkschaftsspitzen zu richten. Stattdessen muss sie Forderungen aufstellen, die im Interesse der lohnarbeitenden Bevölkerung sind. Das schließt Konsum- und Verbrauchssteuern wie eine CO2-Bepreisung kategorisch aus. Viel mehr braucht es Maßnahmen gegen die Klimakrise, die die Kapitalist*innen und nicht die breite Masse der Bevölkerung zur Kasse bitten.

Streiken gegen die Schuldenbremse

Das Paket der Bundesregierung ist nur eins von zahlreichen Beispielen, wie wenig wir uns auf die Herrschenden verlassen können. Sie handeln allerdings nicht aus Bösartigkeit, sondern folgen letztlich nur den Regeln des Kapitalismus. Ökologischer Wandel kostet und niemand will sich diese Last freiwillig aufbürden. Die Unternehmen werden nicht ohne Zwang ihre Gewinne schmälern. Das mag angesichts des Ausmaßes der drohenden Klimakrise kurzfristig wirken, entspricht aber voll und ganz der marktwirtschaftlichen Logik. Auch Unternehmen, die den ökologischen Wandel für sich entdecken haben, wollen ihn nicht selbst bezahlen.

Eines der jüngsten Beispiele sind die Preiserhöhungen im Berliner Nahverkehr. Am 20. September solidarisierten sich BVG und Senat mit den Streiks von FFF. Nur wenige Tage später wurde gemeldet, dass der Aufsichtsrat der BVG, in dem nicht zuletzt auch die grüne Verkehrssenatorin Regine Günther sitzt, die Fahrpreise erhöht. Resultat wird sein, dass weniger Menschen auf den Nahverkehr umsteigen und sich weiter jeden Morgen mit dem Auto durch Berlin quälen. Und alle, die ohnehin Bahn fahren, werden zusätzlich belastet. Die Begrün-

dung dafür war umso dreister: Die Streiks der BVG-Beschäftigten Anfang des Jahres und die damit verbundenen Lohnsteigerungen würden diesen Schritt notwendig machen. Und was macht die zuständige Gewerkschaft ver.di angesichts dieser Schulduzuweisung? Nicht nur, dass sie die zusätzliche Belastung der Fahrgäste nicht verurteilt. Ver.di-Sekretär Jeremy Arndt unterstützte die Fahrpreiserhöhung sogar und nannte sie „notwendig und alternativenlos“.

Dabei ist der Ausbau und die günstige Verfügbarkeit des Nah- und Fernverkehrs eine der wichtigsten Maßnahmen, um Millionen von Menschen vom Auto auf die Schiene oder in andere ressourcenschonende Transportmittel zu bringen. Doch die Regierungen, inklusive des „linken“ Senats in Berlin, verweisen gerne darauf, dass die Schuldenbremse ihnen größere Investitionen verbiete. Von einem linken Senat erwarten wir allerdings, dass er sich solch einer Maßnahme aktiv widersetzt und sie nicht dafür nutzt, um Einsparungen in der Daseinsvorsorge oder im Nahverkehr zu rechtfertigen. Eine radikale Klimabewegung, die sich mit der Arbeiter*innenklasse verbünden will, müsste die Schuldenbremse bekämpfen, um den Ausbau des ÖPNV und anderer Daseinsvorsorge überhaupt erst zu ermöglichen.

Wohnraumfrage ist Klimafrage

Bei der aktuellen Verteilung des Wohnraums in Großstädten würde selbst der beste Ausbau des Nahverkehrs immer noch überfüllte Busse und Bahnen zur Folge haben. Deshalb müssen wir auch den Wohnungsmarkt revolutionieren. Denn viele Menschen ziehen nicht freiwillig aus der Mitte der Städte an die Ränder oder ganz aufs Land. Hohe Mieten, Zwangsrummungen und Zwangsumzüge sind die zentralen Ursachen, warum Menschen nicht mehr in den Innenstädten wohnen. Dennoch arbeiten die meisten weiterhin in der Stadt. Die Folge sind lange und letztlich übervolle Anfahrtswege. Das kann nur vermieden werden, indem der Wohnraum nicht den Interessen privater Vermieter*innen unterworfen wird, sondern unter demokratische Kontrolle von Mieter*innen und Arbeiter*innen gestellt wird. Wer nur fünf Minuten fußläufig von der Arbeit entfernt wohnt, braucht für diesen Weg kein Auto und muss sich auch nicht in die Bahn drängen. Die Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ kämpft in Berlin bereits aktiv für die Verstaatlichung von großen Immobilien-

konzernen. Was für die Immobilienhaie wohl aktuell das größte Schreckgespenst ist, wäre für uns Beschäftigte und Mieter*innen eine willkommene Maßnahme, die ein bezahlbares Leben in Städten ermöglichen würde.

Ökologischer Umbau unter Arbeiter*innenkontrolle.

Unternehmen, Regierungen und leider auch Gewerkschaftsführungen argumentieren oft, dass ein zu schneller oder zu weitreichender ökologischer Umbau Arbeitsplätze kosten würden. Doch dieser Widerspruch existiert nur, wenn die Profitmaximierung der betroffenen Unternehmen als unumstößliche Notwendigkeit betrachtet wird. Ein Umbau im Interesse der Beschäftigten und der gesamten Bevölkerung wäre aber möglich. Er muss jedoch gegen die Interessen der Unternehmen durchgesetzt werden. Wenn der ökologische Umbau dazu führt, dass zum Beispiel im Nahverkehr weniger Arbeit notwendig ist, brauchen wir kollektive Arbeitsverkürzungen bei vollem Lohnausgleich. Massenentlassungen im Zuge der Klimakrise müssen verboten werden. Im Zweifelsfall braucht es Umschulungen auf Kosten der Unternehmen für alle Kolleg*innen, die aktuell noch in der Kohle- oder Automobilindustrie arbeiten. Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie die Arbeiter*innenklasse auf die ökologische Krise und die zerstörerische Gleichgültigkeit der Kapitalist*innen reagieren kann: Im nordirischen Belfast streikten im August und September die Kolleg*innen der Werft Harland & Wolff, nachdem der Betrieb Anfang August geschlossen werden sollte. Sie forderten von der britischen Regierung die Verstaatlichung und einen vollständigen Umstieg auf die Produktion von Maschinen zur Gewinnung erneuerbarer Energien. Damit sollten nicht nur bestehende Arbeitsplätze gerettet, sondern auch neue geschaffen werden. Die Bourgeoisie zeigt immer wieder, dass sie solch notwendige Veränderungen nicht freiwillig umsetzt. Deshalb müssen diese Maßnahmen mit Streiks durchgesetzt und die Kontrolle über die Produktion von den Beschäftigten übernommen werden, um demokratisch zu planen, was wie und wie viel produziert wird. Nicht für Profit, sondern nach den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt.

Bastian Schmidt, ver.di aktiv

Dustin Gläser, ver.di aktiv

Der Kampf um Befreiung ist international!

Südfrankreich im Juli 2019: 350 Arbeiter*innen, Aktivist*innen und Jugendliche aus Europa und Lateinamerika finden sich zusammen, um sich aktuellen Fragen und Kämpfen zu widmen. Anführerinnen der internationalen sozialistisch-feministischen Gruppierung Brot und Rosen referieren über die neue Welle des Feminismus (mehr auf Seite 4). Gewerkschafter*innen aus ganz Europa, wie die Arbeiter*innen der französischen Reinigungsfirma ONET, des spanischen Lieferdienstes Telepizza oder der französischen Eisenbahngesellschaft SCNF berichten von ihren Arbeitskämpfen, von Rassismus, prekären Beschäftigungsverhältnissen. Die anwesende Jugend teilt ihre Erfahrungen mit den Kämpfen um Klimagerechtigkeit. Krankenhausarbeiter*innen finden sich zusammen, um ihre Situationen zu vergleichen, Aktivist*innen aus Algerien berichten über den Massenaufstand, der das Land erschüttert. Überraschend oft finden sich Überschneidungen, wie in dem Fall der algerisch-stämmigen Französin Zineb Redouane, die durch Polizeigewalt gegen die Gelbwesten zu Tode kam und deren Hinterbliebenen in ihrem Namen sprechen. 350 Menschen, die nicht nur miteinander debattieren, sondern sich auch gemeinsam organisieren. Es sind Mitglieder und Sympathisant*innen der europäischen Sektoren der Trotzkistischen Fraktion. Die Fracción Trotskista por la Cuarta Internacional (FT-CI), also "Trotzkistische Fraktion für die Vierte Internationale", ist eine internationale Strömung, die zur Zeit in Lateinamerika, Europa und den USA vertreten ist.

Zum Weiterlesen: Erklärung der FT-Jugend zum Global Strike Day am 20.9: www.klassegegenklasse.org

Unsere größte Organisation ist die Partido de los Trabajadores Socialistas (PTS, "Partei der Sozialistischen Arbeiter*innen") in Argentinien. Die neoliberale Regierung von Mauricio Macri hat in den vergangenen vier Jahren die Bevölkerung mit Renten- und Arbeitsmarktreformen angegriffen. Um die Profite der Bosse vor der Wirtschaftskrise zu retten, ging sie einen Pakt mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein, der nun harte Anpassungsmaßnahmen fordert. Hinzu kommt massive Inflation, die die Kaufkraft der Bevölkerung vernichtet. Dagegen kämpfen unsere Genoss*innen als Teil der Frente de Izquierda y de los Trabajadores – Unidad (FIT-U, "Front der Linken und der Arbeiter*innen – Einheit"). Sie tun dies für die Nichtzahlung der Schulden, den Bruch mit dem IWF, die Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels. Nur so wird die Krise von den Kapitalist*innen und Bankiers bezahlt und nicht wie so oft von der Armen und Arbeiter*innen.

Am 5. Oktober haben PTS und FIT-U 25.000 Menschen für diese Perspektive zu einer Kundgebung mobilisiert – eine der größten Kundgebungen der revolutionären Linken seit Jahrzehnten. So sehen wir am Beispiel der PTS, dass es möglich ist, Massen zu organisieren, ohne auf ein antikapitalistisches und revolutionäres Programm der Arbeiter*innen zu verzichten.

In Argentinien existiert auch eine der größten Frauenbewegungen der Welt, die seit Jahrzehnten für das Recht auf legale, sichere und kostenfreie Abtreibung kämpft. Unsere Genoss*innen von Pan y Rosas ("Brot und Rosen") kämpfen dafür, dass die Arbeiter*innenbewegung sich an die Spitze dieses Kampfes stellt – und dass die Kämpfe der Arbeiter*innen ein zentraler Bezugspunkt für die Frauenbewegung werden. Auf ihre Erfahrungen wollen wir auch im Aufbau von Brot und Rosen hier in Deutschland aufbauen.

Mit unseren Ideen die Welt erobern

Denn auch in Europa begeistern die Ideen der FT-CI inzwischen eine neue Generation. Dies findet seinen Ausdruck auch in der Ausstrahlung unserer französischen Genoss*innen der Courant Communiste Révolutionnaire (CCR, Revolutionär-kommunistische Strömung) und ihres Hauptsprachrohrs, der Website Révolution Permanente (revolutionpermanente.fr). Révolution Permanente berichtete von Beginn der



Gelbwestenbewegung an über die systematischen Repressionen gegen die Bewegung. Dadurch hat die Webseite inzwischen im Durchschnitt 1,5 Millionen Besucher*innen im Monat. Zugleich argumentierten sie konsequent für eine klassenkämpferische Ausrichtung der Gelbwestenbewegung und die Notwendigkeit, sich mit anderen Sektoren, wie der Jugend, den Frauenbewegungen oder den antirassistischen Bewegungen zusammenzuschließen. Deshalb ist RP heute das wichtigste antikapitalistische Medium in Frankreich geworden – ein Teil unseres internationalen Zeitungsnetzwerks La Izquierda Diario, in dem zwölf Webseiten in acht Sprachen veröffentlichten.

Ein weiteres Mitglied dieses Netzwerkes ist die Plattform unserer US-amerikanischen Genoss*innen von Left Voice (leftvoice.org). Im wichtigsten imperialistischen Land der Erde dominieren seit Jahrzehnten zwei Parteien des Kapitals die politische Landschaft – die Republikaner und die Demokraten. Doch seit dem Amtsantritt von Donald Trump erhebt sich eine neue Generation von sozialen Bewegungen, und auch Arbeiter*innen weigern sich immer öfter, die Schikane der Kapitalist*innen und ihre prekäre Situation zu ertragen.

In dieser Situation interessieren sich immer mehr Jugendliche für den Sozialismus, doch häufig finden sie nur die sozialdemokratische Variante von Bernie Sanders als linkem Flügel der Demokraten vor, einer der zwei wichtigsten imperialistischen Parteien des Planeten. Left Voice eröffnet eine tatsächliche sozialistische Perspektive, unabhängig von den etablierten Parteien und ihren Verbindungen zum Kapital. Mit zuletzt 100.000 Besuchern monatlich entwickelt sich Left Voice zur meistgelesenen Stimme für einen Sozialismus der Arbeiter*innen, links von Bernie Sanders.

Left Voice eröffnet eine tatsächliche sozialistische Perspektive, unabhängig von den etablierten Parteien und ihren Verbindungen zum Kapital. Mit zuletzt 100.000 Besuchern monatlich entwickelt sich Left Voice zur meistgelesenen Stimme für einen Sozialismus der Arbeiter*innen, links von Bernie Sanders.

Organisiere dich mit uns!

Das sind natürlich nur einige Beispiele für die Politik der FT-CI in verschiedenen Ländern der Welt. Auch in Deutschland wollen wir diesen Beispielen folgen: Als Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) und mit ihr verbundenen Gruppierungen wollen wir eine antikapitalistische, antimperialistische, antirassistische, feministische und sozialistische Organisation der Arbeiter*innen und der Jugend aufbauen. Mit unserer Website www.klassegegenklasse.org wollen wir Zehntausende erreichen – wenn du dabei mithelfen willst, dann melde dich unter info@klassegegenklasse.org.

Die Trotzkistische Fraktion für die Vierte Internationale (FT-CI, nach ihrer Abkürzung im Spanischen) ist eine internationale revolutionäre Organisation, welche das internationale Netzwerk von Tageszeitungen "La Izquierda Diario" in zwölf Ländern und auf acht Sprachen vorantreibt. Ihr gehören an: Argentinien: Partei Sozialistischer Arbeiter*innen (PTS) / Brasilien: Bewegung Revolutionärer Arbeiter*innen (MRT) / Chile: Partei Revolutionärer Arbeiter*innen (PTR) / Mexiko: Bewegung der Sozialistischen Arbeiter*innen (MTS) / Bolivien: Revolutionäre Arbeiter*innenliga (LOR-CI) / Spanischer Staat: Revolutionäre Strömung der Arbeiter*innen (CRT) / Frankreich: Revolutionär-Kommunistische Strömung (CCR), die Teil der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) ist / Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) / Vereinigte Staaten von Amerika: Genoss*innen von "Left Voice" / Venezuela: Arbeiter*innenliga für den Sozialismus (LTS) / Uruguay: Strömung Sozialistischer Arbeiter*innen (CTS) / Sympathisierende Organisationen: Italien: Revolutionäre Internationalistische Fraktion (FIR) / Peru: Sozialistische Strömung der Arbeiter*innen (CST) / Costa Rica: Sozialistische Organisation (OS)

Stefan Schneider, RIO

Anja Bethaven, RIO

Foto: Internationalistische und revolutionäre Sommerakademie, Südfrankreich 2019. © O Phil Des Contrastes

Wie in Argentinien der Trotzkismus zu einer Massenbewegung wird

Umso erstaunlicher ist, dass es in Argentinien eine politische Kraft gibt, die sich dieser Polarisierung zwischen zwei bürgerlichen Blöcken verweigert. Die Front der Linken und der Arbeiter*innen – Einheit (Frente de Izquierda y de los Trabajadores – Unidad, FIT-Unidad) konnte 700.000 Stimmen erlangen und damit ihre Position als vierte politische Kraft des Landes festigen. Die FIT, eine Koalition trotzkistischer Parteien, stellt einen Pol der politischen Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse, des Antikapitalismus und des Sozialismus dar.

Die FIT existiert seit acht Jahren als Alternative der Arbeiter*innenklasse zu den verschiedenen bürgerlichen Blöcken. Dies ist eine beispiellose Erfahrung in der Geschichte der argentinischen Linken – und in vielerlei Hinsicht auch weltweit.

Das historische Pendel der Linken in Argentinien

Ab Mitte des 20. Jahrhunderts pendelte die argentinische Linke zwischen den beiden großen Polen der nationalen Politik: dem Peronismus und dem republikanischen Liberalismus. In den 1940er Jahren charakterisierten die Sozialistische und die Kommunistische Partei die Politik von Juan Perón als demagogische Verschleierung des Faschismus. Unter dem Banner eines "antifaschistischen" Kampfes stellten sie sich hinter den gegnerischen bürgerlichen Block. Zu den Anti-Peronist*innen gehörten die Großgrundbesitzer*innen, die Börse und sogar die US-Botschaft. Auf der anderen Seite unterstützte die alte Garde der Gewerkschaftsbewegung Peróns Kandidatur für die Präsidentschaft. Dadurch wurde das Pendel in Bewegung gesetzt, wobei die Linke ständig zwischen Peronismus und Anti-Peronismus schwankte.

Dieses Phänomen betraf nicht nur reformistische Organisationen, sondern übte auch enormen Druck auf die trotzkistische Bewegung in Argentinien aus. Die Gruppe um Nahuel Moreno zum Beispiel ging von einer anti-peronistischen Position zum Entrismus in einer pro-peronistischen Partei über. Andere Bereiche des Trotzkismus gaben ihre Ideen vollständig auf und gründeten eine "nationale Linke", die auf der Idee basierte, dass der Peronismus ein revolutionärer Faktor sei. Diese Anpassung an den Peronismus sollte die trotzkistische Linke Jahrzehnte begleiten, auch wenn in einzelnen Situationen Vorstöße zum Aufbau einer unabhängigen Alternative der Arbeiter*innen gemacht wurden, wie der Wahltritt von Moreno Sozialistischer Arbeiterpartei (PST) 1973.

Kurz vor Ende der argentinischen Diktatur gründete Moreno 1982 die Bewegung für den Sozialismus (MAS), die bis Ende der 1980er Jahre fast 10.000 Mitglieder organisieren konnte.

Argentinien befindet sich in einer tiefen organischen Krise. Die rechte Regierung von Mauricio Macri stürzte am 11. August bei den Vorwahlen zu den Präsidentschaftswahlen spektakulär ab, zugleich verschärfte sich die Wirtschaftskrise des Landes durch eine Währungsabwertung von 25 Prozent und massive Inflation. Im Oktober wird der peronistische Gegenkandidat Alberto Fernández mit fast absoluter Sicherheit die Präsidentschaftswahlen gewinnen, der in der Lage war, praktisch die gesamte "Mitte-Linke" und die "sozialen Bewegungen" hinter sich zu bringen.

Die MAS hatte einen gewissen Einfluss auf die Arbeiter*innen- und Studierendenbewegung mit Vertretung im Parlament. 1985 schloss sie jedoch ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei und Sektoren des Peronismus, genannt "Front des Volkes" (Frente del Pueblo, FrePu), mit einem rein demokratischen Programm, das an den argentinischen Stalinismus angepasst war. 1987 brach die Kommunistische Partei mit der FrePu, aber die MAS startete das Bündnis 1989 wieder – gerade während der Stalinismus international zusammenbrach! Die daraus resultierende Front hieß Vereinte Linke (IU) und ihr Hauptkandidat war ein Christdemokrat, der das MAS-Mitglied Luis Zamora in offenen Vorwahlen besiegt hatte.

Der Konflikt mit den Kapitalist*innen auf dem Land

Die FIT wurde nicht aus dem Nichts geboren, sondern ist das Ergebnis früherer politischer Kämpfe, in denen die Partei der Sozialistischen Arbeiter*innen (PTS) eine wichtige Rolle spielte.

Ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes war der Agrarkonflikt von 2008, den wir den "Konflikt mit den Kapitalist*innen auf dem Land" nennen können. Dies war die erste große Krise des Kirchnerismus (d.h. die aufeinanderfolgenden Regierungen von Néstor und Cristina Kirchner zwischen 2003 und 2015, die aus dem linken Flügel der peronistischen Bewegung kamen). Die Kirchner-Regierung behauptete, dass erhöhte Steuern auf Agrarexporte für eine Umverteilung des Vermögens

verwendet würden. Die Kommunistische Partei und andere linke Sektoren schlossen sich im Wesentlichen der kirchneristischen Bewegung an – ungeachtet der Tatsache, dass die Regierung das neue Geld trotzdem zur Finanzierung von Geschäftspartner*innen und privatisierten Unternehmen verwendete. Die selbstbeschriebene "unabhängige Linke" ihrerseits begann eine schrittweise Assimilation in den Kirchnerismus. Sie prägte den Satz "Unterstützen wir das Gute und kritisieren wir das Schlechte" – das wurde schließlich zu "Unterstützen wir alles, kritisieren wir nichts, und lösen wir uns auf". Heute haben alle diese Kräfte Kandidat*innen in Kirchners "Front Aller" (Frente de Todos, FdT) neben Vertreter*innen der Bergbaugesellschaft Barrick Gold, Gegner*innen des Rechts auf Abtreibung und Gewerkschaftsbürokrat*innen aller Art.

Auf der gegenüberliegenden Seite befand sich die sogenannte "Agropower" unter der Führung der Großgrundbesitzer*innen der "Agrargesellschaft" und unterstützt vom Medienkonzern Clarín. Dieser Flügel der Bourgeoisie schaffte es, sich als "Kleinbauern" zu tarnen und gewann einen Teil der Mittelschicht und der Linken für seine Position.

Das historische Pendel der argentinischen Linken stand kurz davor, sich zu wiederholen – diesmal eindeutig als Farce – mit verschiedenen Sektoren der Linken, die hinter verschiedenen Sektoren der Bourgeoisie stehen. Aber es kam anders: Auf Initiative der PTS und anschließend der PO entstand ein unabhängiger linker Pol mit Unterstützung eines Sektors von Intellektuellen. In diesem Moment extremer

Polarisierung kämpfte die PTS von Anfang an um eine unabhängige Klassenposition. Wir haben weder die Agrarbesitzer noch die Regierung unterstützt, die nur einen anderen Sektor der herrschenden Klasse unterstützen wollte. Wir haben diese Position in Arbeiter*innen- und Studierendenversammlungen und in unseren eigenen Veranstaltungen verteidigt. Obwohl wir eine kleine Minderheit blieben, würden wir heute, wenn es diesen Pol nicht gegeben hätte, wahrscheinlich nicht über die FIT als eine reale politische Alternative sprechen, die auf der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse basiert.

Immer an der Seite der Arbeiter*innen

Die FIT konnte nur deshalb entstehen, weil die Linke seit mehr als einem Jahrzehnt mit der Avantgarde der Arbeiter*innenbewegung verbunden ist. Die PTS war in dieser Frage immer an vorderster Front und hat von innen in viele wichtige Kämpfe der Arbeiter*innenklasse eingegriffen.

Bereits 2004/05 wurden die ersten Anzeichen einer neuen Arbeiter*innenbewegung sichtbar. In den folgenden Jahren gab es sehr harte und heroische Kämpfe gegen prekäre Arbeitsbedingungen und Streiks von Fabrikarbeiter*innen, die mit brutaler Repression endeten, die in der Verantwortung der Kirchner-Regierung lag. 2009 gab es den Streik in der Fabrik des US-amerikanischen multinationalen Konzerns Kraft Foods. Die Arbeiter*innen wurden von der Kirchner-Regierung, der US-Botschaft und der Gewerk-

schaftsbürokratie angegriffen. Im Jahr 2010 kämpften ausgelagerte Arbeiter*innen auf der Roca-Bahnstrecke für die Eingliederung in die Stammbesellschaft. Die Bürokratie dieser Gewerkschaft, die mit den Kirchners befreundet war, ermordete den jungen PO-Aktivistin Mariano Ferreyra. Die Liste geht weiter... Es gab Streiks in zahlreichen multinationalen Konzernen, wo sich die Arbeiter*innen verteidigten, indem sie Autobahnen blockierten. Sie wurden mit heftiger Repression konfrontiert. Es gab auch Fälle, in denen Arbeiter*innen ihre Fabriken besetzten und unter Arbeiter*innenkontrolle zu produzieren begannen, wie in der Druckerei Donnelley (heute MadyGraf) oder der Keramikfabrik Zanon – mit Genoss*innen der PTS an vorderster Front.

Die Linke war Teil all dieser Arbeiter*innenkämpfe, stand in der ersten Reihe und konfrontierte das Bündnis zwischen den Bossen, der peronistischen Gewerkschaftsbürokratie und der Kirchner-Regierung. Sie hat diese Position angesichts der Angriffe der rechten Regierung von Mauricio Macri beibehalten. Dasselbe gilt für die Proteste im Dezember 2017: Als der Kongress die Renten kürzen wollte, gab es vor dem Parlament einen großen Protest, mit der Linken an der Spitze. Das Gleiche gilt für die Frauenbewegung und die Bewegung der Studierenden - in Kämpfen, die sich sowohl unter Kirchner als auch unter Macri entwickelten.

Das Experiment der Front der Linken

Lange vor der Gründung der FIT schlug die PTS vor, dass die Kämpfe dieser Arbeiter*innen einen politischen Ausdruck in Form einer Front für die Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse brauchen. Aus diesem Grund haben wir in den Jahren 2007 und 2009 mit Izquierda Socialista (IS) und der Neuen MAS politische Fronten gebildet. Schließlich sind wir 2011 in der politischen Diskussion vorangekommen und haben die PO vom Beitritt überzeugt. Seitdem ist die FIT ein prinzipientreues Wahlbündnis mit einem klaren Programm der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse, des Antimperialismus und des Kampfes für eine Arbeiter*innenregierung.

Wie es in einer Front aus verschiedenen Parteien zu erwarten ist, gab es Momente, in denen erhebliche Differenzen auftraten, unter anderem in Bezug auf die politische Entwicklung in Venezuela oder Brasilien. Auch unter den Parteien der FIT gab es öffentliche Debatten über die Arbeit in den Gewerkschaften, die Organisation von Arbeitslosen oder den Betrieb von Studierendenzentren. Aber diese Unterschiede haben die FIT nicht daran gehindert, kohärente politische Positionen zu den Hauptthemen des politischen Lebens einzunehmen.

In sieben aufeinander folgenden Wahlen war die FIT (und jetzt die FIT-Unidad) ein Bezugspunkt für einen Sektor von mehreren hunderttausend Menschen – bei Parlamentswahlen über eine Million. Die FIT hat Sitze im Nationalkongress, in mehreren Provinzparlamenten und in Gemeinderäten erhalten – insgesamt 40 Sitze im ganzen Land.

Im Gegensatz zu einem Großteil der Gesellschaft der argentinischen Linken hat es die FIT geschafft, in verschiedenen Momenten der politischen Krise sowie in jeder Schlacht im Klassenkampf einen Pol der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse aufzubauen. Die FIT verdankt ihren Einfluss der Tatsache, dass ihre Vertreter*innen, wie Nicolás del Caño (PTS), in den härtesten Kämpfen immer an der Seite der Arbeiter*innen stehen.

Angesichts der aktuellen Krise hat sich die FIT erweitert, die MST aufgenommen und die FIT-Unidad gebildet. Diese Politik hat sich als erfolgreich erwiesen, da es der Linken gelungen ist, ihren politischen Einfluss gegen den Versuch der Polarisierung zwischen zwei bürgerlichen Blöcken (Peronismus und Macrismus) zu verteidigen. Die FIT konnte sich gegen die Vorstellung wehren, dass es notwendig ist, für ein "kleineres Übel" als einzige Alternative zu stimmen.

Eine strategische Hypothese

Die aktuelle Krise erschüttert die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen des Landes. Macris Rückhalt bricht zusammen und der Peronismus, vertreten durch die "Front Aller", präsentiert sich als besserer Verwalter der Krise. Wie sein Kandidat Alberto Fernández deutlich gemacht hat, ist er für die Währungsabwertung, die einen Angriff auf die Lebensbedin-



gungen der Werktätigen darstellt. Unterstützt wird dies durch die Bürokratien der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen, aber auch durch den Papst.

Die Front der Linken und der Arbeiter*innen – Einheit tritt als konsolidierter Pol der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse in diese neue Phase der historischen Krise ein. Sie ist natürlich eine Minderheit. Aber sie ist nicht marginal: Sie hat ein gewisses Gewicht in Arbeiter*innenorganisationen, Schulen und Universitäten, der Frauenbewegung usw. erreicht. Nachdem sie eine unnachgiebige Position gegen den Kirchnerismus verteidigt hat, hat sie Anerkennung gefunden, die weit über ihre eigene Wähler*innenbasis hinaus geht. Dies ist ein Ergebnis ihrer konsequenten Haltung in jedem einzelnen Kampf und der politischen Kohärenz der FIT. Der "Dialog" mit den Massensektoren zeigt sich auch in den Medien: La Izquierda Diario, die von der PTS gegründete Online-Zeitung, erhält drei Millionen Besuche pro Monat, sodass sie von weit mehr Menschen gelesen wird als sich mit der FIT identifizieren.

Natürlich ist die FIT ein lebendiges Bündnis. Sie ist eine Front zwischen verschiedenen Parteien, und jede Mitgliedspartei hat ihre eigene Dynamik, wie die aktuelle Krise der PO zeigt. Es gibt keinen "Impfstoff", der verhindern würde, dass die Kräfte den beiden Tendenzen nachgeben, die wir in diesem Artikel zu beschreiben versucht haben: Unterordnung unter den Peronismus oder Verschmelzung

mit der rechten Opposition. Diese Tendenzen stellen einen ständigen Druck des Regimes dar. Es ist jedoch sehr positiv, dass die Linke, vielleicht wie nie zuvor, zu Beginn einer Krise als konsolidierter Pol der Unabhängigkeit der Arbeiter*innenklasse existiert.

Wie wir in diesem Artikel erklärt haben, ist die Intervention in den Klassenkampf eines der wesentlichen Elemente für das Verständnis der Linken heute. Seit der Entstehung der FIT haben jedoch nur teilweise Klassenkonfrontationen stattgefunden (mit Ausnahme der Proteste vom Dezember 2017). Die Tiefe der aktuellen Krise gibt uns die Möglichkeit zu verallgemeinerten Konfrontationen zwischen den Klassen. Die zukünftige peronistische Regierung wird versuchen, eine kapitalistische Lösung für die Krise durchzusetzen. Das bedeutet, dass die Werktätigen für die Krise bezahlen müssen, wie sie es in der jüngsten Geschichte Argentinien schon so oft getan haben.

Wir von der PTS haben einen Vorschlag gemacht, um den Aufbau einer einheitlichen Partei der revolutionären sozialistischen Linken voranzutreiben. Im Rahmen der Krise wird dies immer notwendiger. Diese strategische Hypothese ist möglich, weil die argentinische Linke im Moment – im Gegensatz zu einem Großteil ihrer Geschichte – nicht hinter der einen oder anderen Fraktion der Bourgeoisie steht. In der Hitze der Krise und den scharfen Klassenkonfrontationen, die sie hervorrufen wird, trennen sich Sektoren der Massen der heterogenen,

aber mächtigen argentinischen Arbeiter*innenklasse von verschiedenen Vertreter*innen der Klassenkollaboration (im Wesentlichen der Peronismus in seinen verschiedenen Varianten). Zu dieser Arbeiter*innenklasse gehören prekäre Jugendliche und Arbeitslose, aber auch gewerkschaftlich organisierte Sektoren. Sie können sich mit den kämpferischen Sektoren der Studierendenbewegung, der Frauenbewegung und Intellektuellen verbinden und sich in einer gemeinsamen revolutionären Partei mit der klassenkämpferischen Linken zusammenschließen.

Dieser Artikel basiert in wesentlichen Teilen auf einer überarbeiteten und gekürzten Übersetzung eines Artikels von Matías Maiello und Octavio Crivaro, der am 18. August in Ideas de Izquierda auf Spanisch veröffentlicht wurde.

Stefan Schneider, RIO

Foto: Demonstration der FIT, Argentinien. © Kresta Pepe, La Izquierda Diario

Marxistische Jugend Druck! Magazin

Aktiv werden in München



Mit der marxistischen Jugend bauen wir in München eine feministische und antirassistische Gruppe aus Schüler*innen, Studierenden und jungen Arbeiter*innen auf, um auf Klimakrise, Rechtsruck und Prekarisierung eine sozialistische Antwort zu geben. Wir kämpfen für eine antikapitalistische Strömung in Fridays for Future, organisieren uns gegen Polizeirepression und unterstützen die selbstorganisierte Geflüchtetenbewegung. Uns ist klar: Um die Welt verändern zu können, müssen wir sie verstehen. Deshalb schulen wir uns gemeinsam in den Grundlagen der marxistischen Theorie. Für die Münchner Schulen produzieren wir außerdem das Magazin Druck!, um unsere Mitschüler*innen zu informieren und zum politischen Handeln zu motivieren.

Foto: Fridays for Future. München.
© Alexander Pohl

majumuc@gmail.com
facebook.com/marxistischejugend
instagram.com/marxistische_jugend
instagram.com/druckmagazine

Brot und Rosen

Aktiv werden in München und Berlin



Brot und Rosen ist eine internationale sozialistische Frauengruppe, die auch offen ist für alle, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität unterdrückt werden. Wir sehen uns als Bindeglied zwischen Arbeiter*innenbewegungen und Frauenbewegung und sehen es als unsere Aufgabe, die historisch gewachsene Trennung zwischen beiden zu überwinden. Mit der Perspektive eines klassenkämpferischen, internationalistischen und antirassistischen Feminismus organisieren wir uns unabhängig von bürgerlichen Parteien oder staatlichen Institutionen in mehr als einem Dutzend Ländern. Zu unseren Gruppen gehören Schülerinnen, Studentinnen, Migrantinnen, Arbeiterinnen, Geflüchtete, INT*-Personen, Hausfrauen und Erwerbslose. Wir denken, dass nur eine sozialistische Revolution die Grundlage für die Emanzipation aller Ausgebeuteten und Unterdrückten bilden kann, und verbinden dies damit, uns auch heute schon gegen alle Formen von Unterdrückung zu stellen.

Foto: Revolutionärer 1. Mai. München.
© Alexander Pohl

brotundrosen.muc@gmail.com
facebook.com/brotundrosen
instagram.com/brotundrosen.muc

Ver.di aktiv

Aktiv werden in Berlin



ver.di aktiv ist eine Gruppe von Aktiven aus verschiedenen Berliner Betrieben. Für uns muss eine Gewerkschaft der aktive Zusammenschluss von uns Arbeiter*innen für unsere gemeinsamen Interessen sein. Wir wollen aktiv für eine basisdemokratische Gewerkschaft kämpfen, die unsere Interessen durchsetzt. Dem Klassenkampf von oben, Sozialpartnerschaftslüge und Co-Management müssen wir endlich entgegentreten. Wir sehen die demokratische Selbstverwaltung unserer Betriebe und der Gesellschaft als notwendige Alternative zur Diktatur der zerstrittenen Banken und Konzerne.

verdi.aktiv@gmail.com
www.verdi-aktiv.de
facebook.com/verdi.aktiv.basis

akut

Aktiv werden in München

In "akut" organisieren sich junge Beschäftigte an Münchner Krankenhäusern. Wir kämpfen für ein Gesundheitssystem, das den Menschen dient und nicht den Profiten. Wir sind für die Einheit aller, die am Krankenhaus arbeiten - und gegen Spaltung, wie durch Outsourcing oder rechtliche Beschränkungen aufgrund der Nationalität. Wichtige Themen für uns sind auch eine angemessene Ausbildung und die Interessen von arbeitenden Frauen. Die bundesweiten Kämpfe für mehr Personal machen es vor: Mit basisdemokratischer Organisation in der Gewerkschaft und der Perspektive des politischen Streiks können wir das Gesundheitssystem verändern.

akut.muc@gmail.com

Organize:Strike

Aktiv werden in Berlin



Als antikapitalistische Hochschulgruppe organize:strike wollen wir eine Studierendenbewegung aufbauen, die Seite an Seite mit Arbeiter*innen und Unterdrückten gegen die Angriffe der Regierung kämpft. Denn für uns sind die Universitäten nicht nur Orte, an denen wir lernen, sondern auch Orte, an denen wir kämpfen. Wir treten für eine Universität ein, die von Studierenden und Arbeiter*innen selber verwaltet wird - vertreten sind wir insbesondere an der Berliner Freien Universität und der Alice-Salomon-Hochschule (ASH). Dort führen wir eine Kampagne in Solidarität mit den Reinigungskräften der ASH. Eine antikapitalistische Perspektive gegen die Macht der Banken und Konzerne in der Umweltbewegung ist notwendig, denn ihr Profit zerstört unseren Planeten - mit dieser Position beteiligen wir uns an Fridays for Future. Wir kämpfen gegen jegliche Form von Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, Sexualität, Herkunft, Nationalität usw. und denken, dass all diese Kämpfe eine antikapitalistische und proletarische Perspektive brauchen. Wir treten für eine antiimperialistische und antirassistische Perspektive ein.

organize.strike@gmail.com
facebook.com/organizestrike
instagram.com/organize.strike

Online Zeitung

www.klassegegenklasse.org ist die täglich aktualisierte Nachrichtenseite von RIO, der Revolutionären Internationalistischen Organisation. Die Seite ist ein gemeinsames Projekt der marxistischen jugend münchen, der internationalen sozialistisch-feministischen Gruppierung Brot und Rosen und der antikapitalistischen Hochschulgruppe organize:strike.



Spenden- aufruf

Unser Genosse Benjamin Ruß wehrt sich mit einer Verfassungsbeschwerde dagegen, dass Plastikfolie als Schutz gegen Pfefferspray bei Demonstrationen kriminalisiert wird. Unterstütze die Verfassungsbeschwerde mit einer Spende: www.bit.ly/verfassungsklage



V.i.S.d.P.: Bastian Schulze
Otawistraße 27, 13351 Berlin
Eigendruck im Selbstverlag

info@klassegegenklasse.org
[instagram.com/klassegegenklasse](https://www.instagram.com/klassegegenklasse)
[facebook.com/klassegegenklasse](https://www.facebook.com/klassegegenklasse)

Brot und Rosen: Geschlecht und Klasse im Kapitalismus

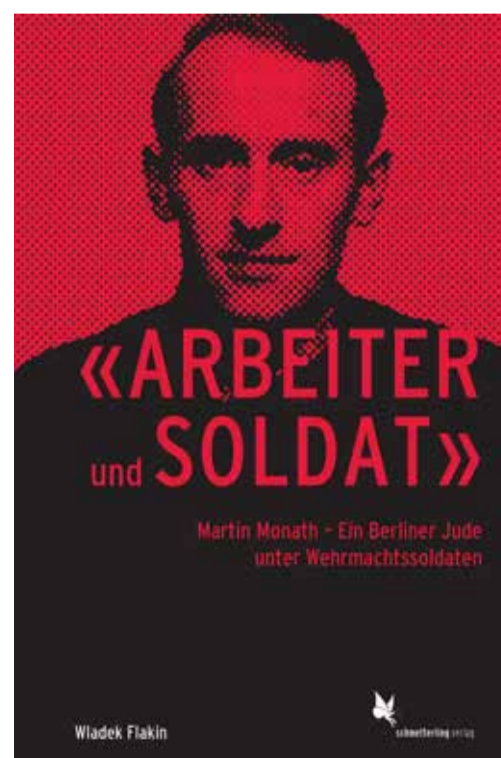
Von Andrea D'Atri (Autorin), Lilly Schön
(Übersetzung), Argument Verlag, 15,00 EUR



Ist es möglich, eine andere, wirklich radikale Perspektive zu entwickeln, die den Weg des Kampfes für die Emanzipation der Frauen und der gesamten Menschheit geht? Eine zündende Schrift zu dieser Frage kommt aus Argentinien. Anhand der Schicksale und Kämpfe konkreter Frauen zeichnet die marxistische Feministin Andrea D'Atri die Geschichte der Frauen- und Arbeiter*innenbewegung von der Französischen Revolution bis zur Queer Theory nach. Sie zeigt, welche Pfade zur Befreiung der Frau von Unterdrückung und Ausbeutung bereits beschritten wurden und in welchen Sackgassen sie endeten. Gestützt auf diese Erfahrungen hält sie ein flammendes Plädoyer dafür, das Gesamtgefüge aus Patriarchat und Kapitalismus aus den Angeln zu heben. Da die globale Arbeiter*innenklasse heute so weiblich ist wie nie zuvor, kommt den Frauen bei dieser Revolution eine zentrale Rolle zu.

«Arbeiter und Soldat» Martin Monath - Ein Berliner Jude unter Wehrmachtssoldaten

Von Wlodek Flakin (Autor),
Schmetterling Verlag, 14,80 EUR



Wlodek Flakin erzählt in dieser Biografie von einem anfänglich zionistischen Jugendkader in Berlin, der im belgischen und französischen Exil zu einem führenden Mitglied der trotzkistischen Vierten Internationale wurde. "Arbeiter und Soldat" war eine deutschsprachige Zeitung für Wehrmachtssoldaten im besetzten Frankreich. Die "Werkstätten in Uniform" wurden aufgefordert, sich in geheimen Zellen zu organisieren, "Kurs auf die Revolution" zu nehmen und ihre Waffen gegen die Nazis zu drehen.

Der Kapitalismus zerstört den Planeten, lasst uns den Kapitalismus zerstören

Internationale Erklärung der Trotzkistischen
Fraktion für die Vierte Internationale (FT-CI)



Der Kapitalismus gedeiht seit Jahrhunderten durch die Ausbeutung der Natur, entweder als "unerschöpfliche" Quelle von Ressourcen, um sie in Waren zu verwandeln, oder als Müllhalde. Die Fähigkeit der Erde, den naturzerstörerischen Prozessen des Kapitals zu widerstehen, stößt jedoch an ihre Grenzen.

Die Notwendigkeit des stetigen Wachstums des Kapitals hat zur Erschütterung eines komplexen natürlichen Zyklus geführt, dessen Entwicklung Millionen von Jahren dauerte, was nun zu einem Bruch im "Stoffwechsel" zwischen Gesellschaft und Natur geführt hat.

Der Klimawandel und die Krise der biologischen Kreisläufe von Kohlenstoff, Wasser, Phosphor und Stickstoff, die Übersäuerung der Ozeane, der zunehmende und beschleunigte Verlust der Artenvielfalt, die Veränderungen der Landnutzungsmuster und die chemische Verschmutzung durch die Industrie sind einige der schrecklichen Ausdrücke einer für die Menschheit völlig beispiellosen Situation: die Tendenz des Zerfalls ihrer natürlichen Produktions- und Reproduktionsbedingungen. ...

weiterlesen auf
www.klassegegenklasse.org

Für die Verteidigung Rojavas gegen die türkische Invasion! Raus mit dem Imperialismus aus der Region!

Internationale Erklärung der Trotzkistischen
Fraktion für die Vierte Internationale (FT-CI)



Seit dem 9. Oktober marschiert die türkische Armee gemeinsam mit jihadistischen Milizen über die syrisch-kurdische Grenze. Mit dem Abkommen zwischen der Türkei und den USA wollen diese NATO-Verbündeten die Vertreibung der Kurd*innen aus der Grenzregion konkretisieren. Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Nation gegen die türkische Invasion und fordern den Rauswurf des Imperialismus und anderer Mächte aus der Region.

Das politische Ziel des türkischen Angriffs ist die Liquidierung der politischen und militärischen Selbstverwaltungsstrukturen der Kurd*innen in Rojava. In Verbindung damit steht auch ein anderes Ziel der Innenpolitik, das immer größere Wichtigkeit erlangt: sich eines Teils der 3,6 Millionen syrischen Geflüchteten zu entledigen, die aktuell in der Türkei leben, indem sie (falls nötig mit Gewalt) im syrischen Nordosten angesiedelt werden, wo aktuell größtenteils Kurd*innen leben. ...

weiterlesen auf
www.klassegegenklasse.org